VBE Magazin

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung – Landesverband Baden-Württemberg

September 2017

E 4508

9

Themen

- Prof. Dr. Felicitas Thiel: Auf den Unterricht kommt es an
- Das Kultusministerium zu Schulgesundheitsfachkräften
- Der VBE im Gespräch
- Bericht: Veranstaltung Fachdialog Schulleitung
- Coaching – ein Führungsansatz. Teil 2
- Das WIRwerden-Programm
- Stichwort: Luftschlösser
- Aus den Referaten: Recht und Besoldung Junger VBE Sonderpädagogik

Bundestagswahl 2017 –
Die Positionen der Parteien

Mehr zum Thema auf den Seiten 6–9

56. Jahrgang 2017

Herausgeber:
Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband Baden-Württemberg
Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart
Telefon 0711 / 2 29 31 46
Telefax 0711 / 22 93 14 79
E-Mail: vbe@vbe-bw.de
Internet: http://www.vbe-bw.de

Vorsitzender:
Gerhard Brand
Hofberg 33, 71540 Murrhardt
Telefon privat: 07192 / 90 22 90
Telefon geschäftlich: 0711 / 2 29 31 46
E-Mail: gerhard.brand@vbe-bw.de

Geschäftsführung:
Cornelia Rück
Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart
Telefon 0711 / 2 29 31 46
Telefax 0711 / 22 93 14 79
E-Mail: vbe@vbe-bw.de
Internet: http://www.vbe-bw.de

Redaktion:
Susanne Preget
Hofberg 33, 71540 Murrhardt
Telefon 07192 / 90 22 90
E-Mail: vbe.magazin@vbe-bw.de

Anzeigenwerbung:
Wilke Mediengruppe GmbH,
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
Telefon 0 23 85 / 4 62 90-0
Telefax 0 23 85 / 4 62 90-90
E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

Mitgliederverwaltung
Telefon 0711 / 22 93 14 71
E-Mail: vbe@vbe-bw.de

Rechnungsstelle:
Alexandra Vock
Kaiserstuhlring 58, 68239 Mannheim
E-Mail: alexandra.vock@web.de

Druck:
Wilke Mediengruppe GmbH,
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

Redaktionsschluss:
Magazin 10-2017: 8. September 2017
Magazin 11-2017: 6. Oktober 2017
Das VBE-Magazin erscheint 10-mal jährlich (dabei zwei Doppelnummern). Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder bestellen über die Landesgeschäftsstelle, Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart. Einzelheft 1,90 €, zuzüglich Versandgebühr, Jahresabonnement: 19,50 €. Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch.

Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden. Gezeichnete Beiträge sind nicht unbedingt mit der Meinung des Verbandes identisch. Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder teilweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion, die gerne erteilt wird, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers, bei Zusendung eines Belegexemplares gestattet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der Vorlage einverstanden. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher bleibt vorbehalten.

Fotos: Titel: Ingo Bartussek; Seite 6: DOC Rabe Media; Seite 10: alho007; Seite 17: artfriday; Seite 18: contrastwerkstatt; Seite 22: pressmaster; Seite 37: olly; Seite 39: DDRockstar – alle Fotolia.
ISSN 0942-4628

Editorial

Hurra Deutschland

Gerhard Brand

Es geht voran. Junge Menschen mögen den Staat und die Verwaltung. Bei der Vorstellung der diesjährigen forsa „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst", am 24. August in Berlin, war die Kernaussage glasklar: Bei keiner Altersgruppe kommen Staat und Verwaltung so gut weg, wie bei jungen Menschen. Wer hätte das gedacht? Gerade junge Menschen standen im Verdacht, die Leistungen des Staates wenig zu schätzen. Ganz offensichtlich eine Fehlmeinung. Gerade die Altersgruppe zwischen 14 und 29 Jahren erkennt in zunehmendem Maße die Leistungen des Staates an.

Die „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst" gibt Auskunft über die Trends der letzten Jahre: Bildung ist und bleibt die wichtigste staatliche Dienstleistung für die Bürger. Bei der Frage nach den zehn wichtigsten Behörden und Einrichtungen werden die Schulen an erster Stelle genannt.

Sind in Stammtischrunden vergangener Jahre Lehrerinnen und Lehrer oft in einem Atemzug mit Versicherungsvertretern und Gebrauchtwagenhändlern genannt worden, so belegt die forsa-Umfrage einen deutlichen Imagewandel. Die Menschen in unserem Land haben die Bedeutung von Bildung erkannt und sie sehen, was Lehrerinnen und Lehrer täglich leisten, um ihren Schülern Bildung zu vermitteln. Wer heute von Lehrerinnen und Lehrern spricht, der tut das nicht mehr mit einem milden Lächeln um die Lippen, sondern mit Respekt. Der Lehrberuf rangiert unter den zehn geachtetsten Berufen innerhalb des öffentlichen Dienstes. Gemessen am prozentualen Zuwachs an Bedeutung liegen wir auf Platz eins der Gesamtliste. Unser Ansehen hat sich in den vergangenen zehn Jahren um zwölf Prozent gesteigert, so viel wie in keiner anderen Berufsgruppe. Wir können mit Stolz auf unsere Arbeit ins neue Schuljahr starten und mit der Gewissheit, dass unsere Arbeit zunehmend wahrgenommen wird, auch und gerade von jungen Menschen.

Was macht denn unser Ansehen aus? Was sagt man uns denn so nach? Welche Adjektive beschreiben uns denn am besten? Es sind die folgenden: Wir sind: pflichtbewusst, verantwortungsbewusst, zuverlässig, kompetent und rechtschaffen. Alles Eigenschaften, die von den Bürgern in unserem Land mit über 70 Prozent bewertet wurden. Falls es Sie interessiert, was denn unsere schlechteste Eigenschaft sei? Nun, wir seien stur, sagt der Volksmund.

Nach so vielen Breitseiten, die wir in den letzten Jahren einstecken mussten, bekommen wir nun in einer repräsentativen Umfrage eines renommierten Meinungsforschungsinstitutes bescheinigt: Wir machen richtig gute Arbeit und es wird auch so wahrgenommen. Und noch etwas Schönes gebe ich Ihnen mit ins neue Schuljahr: Die Untersuchung gibt es seit zehn Jahren und die Tendenz ist klar: Es geht nach oben.

Passen Sie auf sich auf, bleiben Sie gesund!

Es grüßt Sie herzlichst

Ihr Gerhard Brand

VBE Landesvorsitzender

Link zur Umfrage:
www.dbb.de/teaserdetail/artikel/daumen-hoch-junge-menschen-moegen-staat-und-verwaltung.html

Auf den Unterricht kommt es an

Systemstrukturen oder Unterrichtsqualität?

Lange Zeit hat sich die Schulpolitik nahezu ausschließlich mit Strukturfragen beschäftigt. Dabei ging es nicht nur um eine stärkere Integration der unterschiedlichen Bildungsgänge, sondern auch um die Verkürzung der Lernzeit bis zum Abitur oder um die Flexibilisierung der Schuleingangsphase. Wenngleich Reformen wie die Abschaffung der Hauptschule, die in großstädtischen Ballungsgebieten teilweise weniger als 10 % eines Altersjahrgangs umfasste, aufgrund der belegten negativen Kompositionseffekte ein Gebot der Vernunft waren, garantiert diese Strukturentscheidung allein in keiner Weise eine Verbesserung der Schulqualität oder eine stärkere Entkopplung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Zahlreiche Studien belegen, dass Lernerfolg nicht in erster Linie auf der System- oder Schulebene entsteht, sondern auf der Ebene des Unterrichts. Kontextbedingungen spielen zwar für die Ermöglichung (oder Erschwerung) von Unterrichtsentwicklungsprozessen eine wichtige Rolle, sie sind aber keinesfalls hinreichend für einen lernwirksamen Unterricht.

Wie die Lernumgebung gestaltet ist und wie die Lernenden im individuellen Lernprozess unterstützt werden, ist ausschlaggebend für den Lernertrag. Dabei hat die Qualität des Unterrichts insbesondere für Lernende mit schwachen Eingangsvoraussetzungen und einem ungünstigen häuslichen Lernumfeld einen zentralen Stellenwert für die Lernbiografie.

Welche Merkmale des Unterrichts sind entscheidend?

Die deutsche Didaktik hat sich lange Zeit in erster Linie als Stoffdidaktik verstanden. Guter Unterricht ist aus dieser Perspektive ein Unterricht, der den Gegenstand entsprechend der Wissensarchitektur einer bestimmten Domäne möglichst umfassend und folgerichtig aufbereitet. Im Verhältnis zu

Univ.-Prof. Dr. Felicitas Thiel, Professorin für Schulpädagogik und Schulentwicklungsforschung an der Freien Universität Berlin

Fragen des Kanons hatten lernpsychologische Überlegungen zur kognitiven Verarbeitung von Informationen oder zu motivationspsychologischen Aspekten des Lernens aus dieser Sicht nachrangige Bedeutung. Mit einer stärkeren Orientierung der Didaktik an der angelsächsischen Bildungsforschung und der wachsenden Heterogenität der zu unterrichtenden Lerngruppen gerieten die Lehr-Lern-Prozesse in den vergangenen Jahren stärker in den Fokus. Die grundlegende Frage einer lernpsychologisch orientierten Didaktik ist, wie der Prozess des Erwerbs neuen Wissens entsprechend den individuellen Voraussetzungen der jeweiligen Lernenden bestmöglich unterstützt werden kann. Die Unterrichtsforschung unterscheidet dabei drei zentrale Anforderungen:

- Wie können kognitive Prozesse der Wahrnehmung, Verarbeitung und Speicherung von Informationen sowie des Transfers von Wissen gut unterstützt werden?
- Wie können Schülerinnen und Schüler dazu motiviert werden, Anstrengung beim Lernen zu investieren, und zwar auch dann, wenn Nutzen oder Spaß nicht unmittelbar in Aussicht stehen oder wenn ein Misserfolg droht?
- Wie kann das Verhalten der Schülerinnen und Schüler einer Schulklasse so gesteuert werden, dass die Interaktion lernzielbezogen verläuft und Störungen minimiert werden?

Für jede der drei Dimensionen lassen sich Indikatoren formulieren, die konkretisieren, was einen hochwertigen, lernwirksamen Unterricht auszeichnet. Lernpsychologische Überlegungen bilden den Ausgangspunkt der Identifikation von Qualitätsmerkmalen. So wird zum Beispiel aus der begrenzten Kapazität des Arbeitsgedächtnisses die Notwendigkeit einer guten Strukturierung neuen Wissens abgeleitet. Alte reformpädagogische Glaubenssätze, wie „Guter Unterricht ist offener Unterricht“, werden durch lernpsychologische Befunde und Theorien mitunter infrage gestellt.

Ein wichtiger Hinweis der aktuellen Unterrichtsforschung betrifft die Unterscheidung zwischen Oberflächen- und Tiefenstrukturen des Unterrichts. Nicht selten wird Unterricht hinsichtlich der Oberflächenstrukturen beurteilt. Als guter Unterricht gilt dann Unterricht, der viele Gruppenarbeitsphasen umfasst, oder Unterricht, der problembasiert ist. Dabei sind es vielmehr Merkmale wie die Qualität der Erklärungen und der Fragen oder die Formulierung und Begründung von Vermutungen sowie der regelmäßige Vergleich von Lösungswegen, die im Zusammenhang mit dem Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler stehen. Wenn Schülerinnen und Schüler gelernt haben, sich gegenseitig entsprechende Erklärungen zu geben oder kognitiv aktivierende Fragen zu stellen, wenn sie über die entsprechenden Lernstrategien verfügen, dann kann Gruppenarbeit gelingen. Wenn dies nicht der Fall ist, muss die Lehrkraft für die lernwirksamen Tiefenstrukturen des Unterrichts Sorge tragen.

Wie kann Unterrichtsqualität entwickelt werden?

Jede Maßnahme der Entwicklung von Unterrichtsqualität muss an der Weiterentwicklung des professionellen Wissens und der professionellen Kompetenzen von Lehrkräften ansetzen. Ausbildung sowie Fort- und Weiterbildung haben eine zentrale Funktion für Qualitätssicherung und -entwicklung im Schulsystem.

Die Bildungsforschung hat unterschiedliche Bereiche der Lehrexpertise identifiziert. Was das Wissen betrifft, sind fachliche, pädagogische und fachdi-

daktische Aspekte gleichermaßen relevant. Aber auch über die für den Lehrberuf so typischen Kompetenzen ist heute aus der Forschung viel bekannt: so etwa die Planungskompetenz – die lange Zeit zu Unrecht wenig Aufmerksamkeit fand –, die Kompetenz der raschen Wahrnehmung von lernwirksamen oder lernhinderlichen Ereignissen im Klassenzimmer oder die Fähigkeit, auch unter großem Handlungsdruck gute Entscheidungen zu treffen. Umfangreiche Praxiserfahrungen sind eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für die Entwicklung und Weiterentwicklung dieser Kompetenzen. Zentral ist neben dem fachlichen, fachdidaktischen und pädagogischen Wissen die Bereitschaft, den eigenen Unterricht kontinuierlich auf der Grundlage konkreter Qualitätsindikatoren zu reflektieren. Schülerbefragungen mit Fragebögen, die die Tiefenstrukturen des Unterrichts erfassen, sind hier ebenso hilfreich wie ein kollegiales Feedback, das nicht nur an der Oberfläche kratzt. Auch ein Unterrichtsfeedback durch die Schulleitung, das in konkrete Entwicklungsvereinbarungen mündet, kann ein wirksames Instrument der Unterrichtsentwicklung sein, wenn das Feedback konstruktiv erfolgt und Unterstützungsangebote zur Weiterentwicklung von Kompetenzen aufgezeigt werden.

Felicitas Thiel

Pressemeldungen

VBE: Mehr Engagement aller Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder würde zu einem größeren Erfolg bei weiteren Vergleichstests führen

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) begrüßt, dass die Kultusministerin die Qualität von Schule und Unterricht durch Umstrukturierungen verbessern will. Naturgemäß kann sie aber nur an den Stellschrauben drehen, für die die Kultusbehörde zuständig ist. „Nicht außer Acht lassen darf man den enormen Einfluss, den Eltern auf die Bildungsbiografie ihrer Kinder haben“, behauptet der VBE-Sprecher. Wenn Unterricht generell gestört werde, weil etliche Kinder nicht erzogen seien, wenn kontinuierliches Arbeiten nicht möglich sei, weil ständig Unterrichtsmaterialien fehlten, nützten auch neue Institute wenig.

Michael Gomolzig
Pressesprecher des VBE Baden-Württemberg

„Natürlich ist bei der Bildung der Staat gefordert, der die Schulpflicht gesetzlich verankert hat. Trotzdem dürfen Eltern nicht aus ihrer Erziehungspflicht entlassen werden, die sogar im Grundgesetz so festgeschrieben ist“, moniert der VBE-Sprecher. Zuallererst sind bei der Bildung und Erziehung der Kinder die Eltern gefordert, dann unterstützen Kindergärten und Schulen diese bei ihrem heute sicher nicht einfachen Erziehungsauftrag. Was in frühester Kindheit aus Nachlässigkeit oder Unwissenheit versäumt worden ist, lässt sich später – wenn überhaupt – nur mit größter Kraftanstrengung und hohem finanziellen Aufwand wieder ausbügeln. Deshalb müsste nach Auffassung des VBE-Sprechers sinnvollerweise auch dort angesetzt werden, wo man am meisten bewirken kann: bereits beim Kleinkind.

In den Schulen sollte wieder mit „Disziplin“ gelernt werden können. Es dürfe nicht sein, dass täglich kostbare Zeit verschwendet werde, weil in vielen Klassenzimmern von den Lehrern grundsätzlich zunächst einmal die für den Unterricht notwendige Arbeitsruhe hergestellt werden müsse, mahnt der VBE-Sprecher eigentlich Selbstverständliches an. Bereits PISA habe gezeigt, dass das Einfordern von Leistung für den Lernerfolg effektiver sei als der Verzicht darauf, betont der VBE-Sprecher.

Ohne Anstrengung, ohne die richtige Mischung aus Motivation und Üben lernten die Schüler zu wenig. Das werde gerade bei den Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen deutlich, die ohne Fleiß und beharrliches, eigenständiges Üben nicht zu bewerkstelligen seien – auch bei Ganztagsschulen zuweilen daheim im Elternhaus.

Die früh einsetzende Erziehung der Kinder durch engagierte Eltern bietet eine solide Basis für den Schulerfolg. Elternhaus und Schule sollten sich bei der Bildung und Erziehung der Kinder als verlässliche Partner sehen und entsprechend achten.

Weitere aktuelle Pressemeldungen finden Sie auf unserem VBE-Blog:
www.bildung-und-erziehung-vbe.de

oder auf der VBE Homepage:
www.vbe-bw.de

Pressemeldungen

VBE: Sorge um einen gesicherten Unterricht im neuen Schuljahr

Beim Verband Bildung und Erziehung (VBE) Baden-Württemberg teilt man die Sorgen der Schulleitungen, die sich noch nicht so richtig an die Deputatsverteilung und an die neuen Stundenpläne für das kommende Schuljahr herantrauen, weil sie befürchten, dass aufgrund der angespannten Versorgungslage noch in den Ferien die eine oder andere Lehrkraft aus dem Kollegium abgezogen werden könnte und damit die ganze Tüftelei für einen optimalen Stundenplan umsonst gewesen war.

Normalerweise werden zu Beginn der Sommerferien in den Schulen sämtliche Unterrichtsdeputate verteilt und es wird an optimalen Stundenplänen getüftelt, damit das neue Schuljahr vom ersten Tag an nach Plan anlaufen kann. Dieses Jahr halten sich aber etliche Schulleitungen noch damit zurück, weil sie aufgrund der unsicheren Versorgungslage der Schulen mit Lehrerstunden befürchten, für den Papierkorb arbeiten zu müssen. Vor den Sommerferien wurden den Schulen anhand der aktuellen Schülerzahlen die Lehrerstunden für das kommende Schuljahr zugeteilt. Da aber sogar die Schulämter davon ausgehen, dass diese Zuweisung womöglich nicht endgültig ist, weil voraussichtlich Lehrer von einzelnen Schulen wieder abgezogen werden müssen, um den plötzlich aufgetretenen Versorgungsengpass an einer Nachbarschule abzumildern, zögern die meisten Stundenplanmacher an den Schulen noch. „Zu Recht“, wie der VBE-Sprecher behauptet.

Waren in früheren Jahren immer noch etliche Stunden aus dem sogenannten Ergänzungsbereich (Arbeitsgemeinschaften, Stütz- und Förderstunden) als Manövriermasse vorhanden gewesen, fehlen die Stunden, seitdem es lediglich noch Zuweisungen für den Pflichtbereich gibt. Hatte früher so manche Schule einen Lehrer als interne Krankheitsreserve zur Verfügung, sucht man heute solche Pädagogen wie die berühmte Stecknadel im Heuhaufen.

Hatten die Schulen bei der diesjährigen Bedarfsanalyse vor den Sommerferien nämlich auch nur ein paar Stunden Überhang, wurden diese Lehrerstunden als befristete Abordnung an die Schule gegeben, die noch nicht nach der Vorgabe des Organisationserlasses ausgestattet war. „Die Schulämter müssen den Mangel möglichst gerecht verteilen; die Pädagogik leidet aufgrund der Rotstift-Politik“, bemängelt der VBE-Sprecher die Vorgaben.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungsanalyse für Frauen.

Empfohlen vom dbb vorsorgewerk günstig • fair • nah

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:

- ✔ **mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können**
- ✔ **wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben**
- ✔ **wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren**

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen:
FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de oder Telefon 0800 292 22 74.

Eine Marke der AXA Gruppe AXA

Am 24. September ist Bundestagswahl – alle Parteien sind bereits in die Hochphase des Wahlkampfes gestartet und versprechen, in der nächsten Legislaturperiode alles besser zu machen. Trotz des Bildungsföderalismus sind die Ansichten der Parteien zu Bildung und Erziehung aber durchaus wichtig, nicht nur weil einige Parteien den Föderalismus im Bildungsbereich abschaffen wollen. Der Verband Bildung und Erziehung Baden-Württemberg hat eine kleine Übersicht über die Positionen der Parteien zu bestimmten Themen zusammengestellt, um Ihnen Informationen für Ihre Wahlentscheidung an die Hand zu geben.

Die Parteien sind nach der Größe der Fraktion im Bundestag angeordnet

CDU/CSU: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben

Die CDU/CSU kündigt in ihrem Regierungsprogramm an, finanzielle Spielräume, die sich aufgrund der Wirtschaftslage derzeit ergeben, zur Investition in Bildung, Forschung und Infrastruktur zu verwenden. Ihr Ziel ist: „Alle Kinder in Deutschland sollen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Bildungsstand der Eltern die beste verfügbare Bildung und Ausbildung erhalten." Das beginnt schon bei der Kinderbetreuung. Neben dem Anspruch auf einen Kita-Platz und einen Platz im Kindergarten will die CDU/CSU einen Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter einführen.

Einen Fokus legt die CDU/CSU auf das Gymnasium, das als eigenständige Schulform erhalten werden soll, und auf die Stärkung der beruflichen Bildung. Die berufliche Bildung soll in ihrer Attraktivität gesteigert werden, unter anderem durch das Modell der „höheren Berufsbildung", das dual Ausgebildeten mehr und neue Aufstiegschancen bietet.

Bezüglich des Kooperationsverbots nimmt die CDU/CSU die Position ein, dass Bildung Ländersache ist und es auch bleiben soll. Dennoch existiert eine gesamtstaatliche Verantwortung: Für eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist die Gleichwertigkeit der Bildung eine Voraussetzung. In einem ständigen gemeinsamen Dialog mit den Ländern sollen bildungspolitische Herausforderungen definiert und angegangen werden. Ein Augenmerk legt die CDU/CSU auf die deutsche Sprache als Teil der Identität und Leitkultur. Sie soll als Amtssprache, als Kultursprache, als Umgangssprache noch stärker gefördert und wertgeschätzt werden.

Im Bereich der Digitalisierung will die CDU/CSU einen Digitalpakt für Schulen, der die erforderliche Ausstattung der Schulen sicherstellen soll und alle Schulen an das schnelle Internet anbindet. Weitere Ankündigungen sind eine innovative Bildungscloud und die Weiterbildung der Lehrkräfte, um die digitalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler fördern zu können. Ein Schwerpunkt des Wahlprogramms ist der ländliche Raum. Den Erfahrungen in Bayern folgend, soll mit einer Dezentralisierungsstrategie durch die Errichtung von Behörden, Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der Fläche die Attraktivität des ländlichen Raums gesteigert werden. Zur Unterstützung von Kommunen hat die CDU/CSU auch bereits einen Fonds in Höhe von sieben Milliarden Euro geschaffen, um bei der Instandsetzung von Schulen und Bildungseinrichtungen zu helfen.

Das CDU-Regierungsprogramm:
https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1

SPD: Zeit für mehr Gerechtigkeit

Für den meisten Wirbel hat bisher gesorgt, dass die SPD die Bildung von der Kita bis zum Master oder Meister gebührenfrei machen möchte. Das steht auch so im Regierungsprogramm der SPD. In der Kinderbetreuung möchte sie einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern etablieren. Ein ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen in Krippen, Horten, Kitas, Kindergärten und Ganztagsschulen soll bereitstehen. Außerdem soll die Qualität von Kitas mit Unterstützung des Bundes gesteigert werden. Das umfasst die Ausstattung, die Ernährung in den Kitas und die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern.

Damit der Bund direkt in finanzschwachen Kommunen investieren kann, will die SPD das Kooperationsverbot aufheben. Eine „Nationale Bildungsallianz" aus Kommunen, Ländern und Bund soll Kräfte bündeln. Digitale Bildung muss Gegenstand von Schul- und Unterrichtsentwicklung werden. Angesichts der Digitalisierung müssen Schülerinnen und Schüler Kompetenzen in Umgang, Einsatz, Gestaltung und Nutzung digitaler Medien erwerben. Neben Open Educational Resources, die allen zur Verfügung stehen, soll eine digitale, vernetzte Lern-Plattform eingeführt werden. Für den Schwerpunkt Unterrichtsqualität sollen Erkenntnisse über erfolgreiche Lern- und Unterrichtskonzepte für Schulen schneller nutzbar gemacht werden. Bildungsforschung soll begleitend stattfinden und neue Bildungsstandards sollen gemeinsam mit den Ländern für alle Bildungsbereiche und Schulstufen erstellt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Fokus der SPD auf Integration und Inklusion. Niemand soll wegen seines religiösen oder kulturellen Hintergrunds schlechtere Chancen haben. Die SPD unterstützt inklusive Bildung entlang der gesamten Bildungsbiografie. Dafür sollen notwendige technische, räumliche und personelle Ressourcen verbessert werden. Allen Schülerinnen und Schüler soll Religions- und Ethikunterricht ermöglicht werden, was auch islamischen Religionsunterricht auf Deutsch von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften beinhaltet. Akademische und berufliche Bildung sieht die SPD gleichwertig, beide Wege sollen gestärkt werden.

Das SPD-Regierungsprogramm: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit-Unser_Regierungsprogramm.pdf

Die Linke: Die Zukunft, für die wir kämpfen!

Das derzeitige Bildungssystem, so lautet die Ansicht der Linken, verschärft die soziale Spaltung in Deutschland. Außerdem wird ihrer Ansicht nach zu wenig Geld in Bildung investiert. Das soll sich ändern. Im Vordergrund steht das gemeinsame solidarische Lernen, für das mehr Personal in Bildung und Erziehung zur Verfügung stehen soll. Bei der Kinderbetreuung will die Linke ein ausreichendes, bedarfsgerechtes, qualitativ hochwertiges und beitragsfreies Ganztags-Betreuungsangebot für Kinder, worauf ein Rechtsanspruch bestehen soll. Mit einem Kitaqualitätsgesetz soll bundesweit ein einheitlicher Betreuungsschlüssel festgeschrieben werden. Zur Kitaqualität gehört ebenfalls, dass die Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern durch eine bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und eine Ausbildung auf Hochschulniveau besser anerkannt wird.

Für Inklusion und Integration möchte die Linke zwei Investitionsprogramme. Das Investitionsprogramm „Inklusive Bildung" soll es ermöglichen, Bildungseinrichtungen barrierefrei umzugestalten. Neben den baulichen Voraussetzungen will die Linke auch das 2-Pädagogen-Prinzip umsetzen. Im Schulgesetz soll zudem ein Rechtsanspruch auf inklusive Bildung verankert werden. Das Bund-Länder-Programm „Sofortmaßnahmen in der Bildung" beinhaltet die Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften im DaZ-Bereich, eine Erstausstattung für alle Kinder, Sprach- und Alphabetisierungskurse und entsprechende Mittel für Kommunen. Klar ist, dass das Kooperationsverbot komplett aufgehoben werden soll. Bildung soll insgesamt gebührenfrei sein, und zwar von der Kita bis zur Universität.

In der Digitalisierung sieht die Linke eine Chance, vielen Menschen schnellen Zugang zu Informationen zu ermöglichen. Dafür sollen Kompetenzen im Bereich Medien und Information stärker vermittelt werden. Auch die IT-Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte soll verstärkt werden. Als Teil der Bildungsausstattung soll jedes Kind ein mobiles Endgerät zur Verfügung haben, wofür kostenlose Leihgeräte an den Schulen vorgehalten werden sollen. Einen Fokus legt die Linke auf die Gemeinschaftsschule. Sie ist eine Schule für alle und soll Ungleichheiten dadurch entgegenwirken, dass sie kein Kind zurücklässt. Sie ist ganztägig und bietet alle Schulabschlüsse an. Eine nicht zu vernachlässigende Forderung der Linken sind – last, but not least – die Gleichstellung aller Lehrämter und eine insgesamt bessere Bezahlung der Lehrkräfte.

Das Wahlprogramm der Linken:
https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf

Bündnis 90/Die Grünen: Zukunft wird aus Mut gemacht

Die Grünen möchten, dass jedes Kind die gleichen Chancen hat, seinen Traum verwirklichen zu können. Das Kooperationsverbot soll aufgehoben werden. Der Bund soll finanzschwache Kommunen unterstützen und ein Förderprogramm zur Sanierung maroder Schulen auflegen. Insgesamt ist es das Ziel, 7 % der Wirtschaftsleistung in Bildung zu investieren. In der Kinderbetreuung soll der Bund pro Jahr mit 3 Milliarden Euro für den Ausbau des Angebots und die Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Förderung mehr Verantwortung übernehmen. Alle Kinder haben einen Anspruch auf einen Kita-Ganztagsplatz. Mindeststandards für Qualität sollen diese bundesweit sicherstellen. Es soll ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule eingeführt werden. Am Aufbau von Ganztagsschulplätzen soll sich der Bund deswegen mit 4 Milliarden Euro beteiligen.

Kulturtechniken der Digitalisierung wie Programmieren und der kritische Umgang mit Prozessen und Geräten sollen allen Schülern vermittelt werden. Wenn Schulen stimmige Angebote zur Digitalisierung vorlegen, dann sollen sie finanziell unterstützt werden. Bereits vorliegende Modellerfahrungen und Konzepte sollen in den Regelbetrieb übertragen werden. Einen Schwerpunkt legen die Grünen auf Prävention. Durch einen Ausbau von Prävention und Partizipation soll verhindert werden, dass junge Menschen in gewaltverherrlichende und menschenverachtende Ideologien abrutschen. Zu diesem Zweck planen die Grünen eine Bildungsoffensive in Kitas und Schulen, Menschenrechtsbildung und Förderung von Demokratie- und Medienkompetenz.

Allgemein soll durch eine Bildungsoffensive die Qualität in Kitas und Schulen durch eine intakte Bildungsinfrastruktur und gut ausgebildetes Personal verbessert werden. Schulen in benachteiligten Gegenden sollen mehr pädagogisches Personal und mehr Mittel erhalten. Im Bereich Inklusion wollen die Grünen den Ausbau von Gesamt- und Gemeinschaftsschulen fördern, weil alle Schülerinnen und Schüler ihre Begabungen und Interessen in inklusiven Ganztagsschulen entwickeln können sollen. Im Bereich der Sprach- und Integrationskurse sollen niedrigschwellige Angebote geschaffen werden. LSBTIQ sollen endlich gleiche Rechte erhalten. Die Bildungspolitik soll Menschenrechte und die Vielfalt sexueller Identitäten stärker berücksichtigen. Dass die Grünen für mehr Ernährungsvielfalt ein gutes vegetarisches und veganes Angebot als alltägliches Angebot in Schulen, Kitas und Kantinen fordern, rundet das Programm ab.

Das Wahlprogramm der Grünen: https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017_barrierefrei.pdf

FDP: Denken wir neu

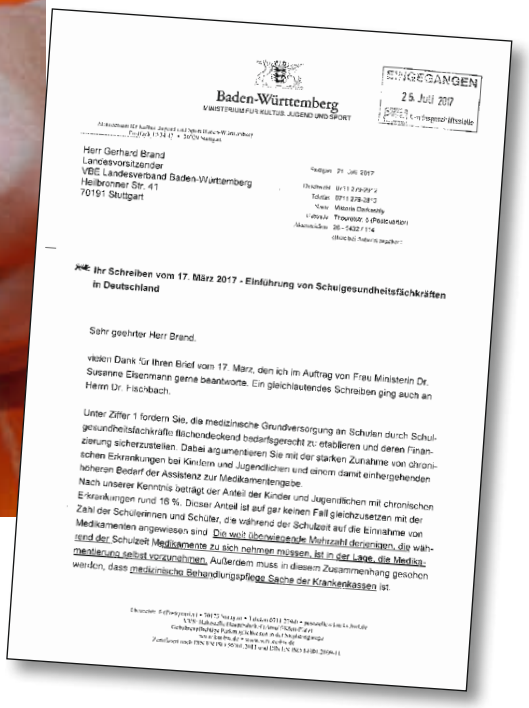
Die Freien Demokraten wollen weltbeste Bildung für jeden. Um das zu erreichen, wollen sie mit einer gewaltigen Kraftanstrengung Deutschland an die Spitze der Bildungsnationen zurückführen. Dafür sollen die Bildungsausgaben auf das Niveau der Top 5 OECD-Staaten angehoben werden. Für mehr Mobilität und Vergleichbarkeit streben sie eine grundlegende Reform des Bildungsföderalismus an. Pro Schüler möchte die FDP in den nächsten fünf Jahren 1.000 Euro für Technik und Modernisierung investieren. Das ist Teil der Strategie im Bereich Digitalisierung, wozu auch gehört, dass ein Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern zur Regelung des Ausbaus der digitalen Infrastruktur geschlossen wird. Digitale Bildung soll fester Bestandteil der Lehreraus- und -weiterbildung werden, im Schwerpunkt Medienkompetenz sollen Lehrkräfte verpflichtend weitergebildet werden.

Bei der Finanzierung von Bildung möchte die FDP in Zukunft auf Bildungsgutscheine umstellen. Diese sollen einen transparenten Qualitätswettbewerb um beste Bildungsleistungen einleiten. Freie und staatliche Schulen sollen gleiche Anerkennung und finanzielle Unterstützung erhalten, ein Aufnahmegebot für Schulen soll gleiche Zugangschancen sichern. Schulen sollen mehr Eigenständigkeit erhalten und über ihren Haushalt, ihr Profil und ihr Personal entscheiden können. Gleichzeitig soll transparent gemacht werden, welche Schulen einheitliche Bildungsstandards erreichen. Transparente Evaluationen der Schulen und der Lehrer sollen Eltern und Schülern ermöglichen, die passende Schule zu finden. Ergebnisse der Qualitätsanalyse und der Lernstandserhebungen sollen im Internet veröffentlicht werden.

Ein anderer Schwerpunkt ist die Ausbildung. Eine regelmäßige Fortbildung für Lehrkräfte soll verpflichtend sein. Zudem möchte man Anreize setzen, um junge Menschen dazu zu motivieren, den Lehrberuf zu ergreifen. Das beinhaltet beispielsweise, dass bessere Lehrkräfte auch besser bezahlt werden. In der Ausbildung soll mehr Wert auf Fachlichkeit, Praxisnähe und Stärkung der Diagnosefähigkeit der Lehrkräfte gelegt werden. Inklusion: Die Schließung von Förderschulen sieht die FDP als Fehler. Inklusive Lerngruppen darf es nur dort geben, wo verbindliche Basisstandards eingehalten werden. Für die Integration plant die FDP eine umfassende Sprachförderung von Kindern vor der Einschulung und ein sofortiges Teilnahmerecht für Flüchtlinge am Unterricht.

Das Wahlprogramm der FDP:
https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/07/25/20170725-wahlprogramm-wp-2017-v15-online.pdf

	CDU/CSU	SPD	Die Linke	Die Grünen	FDP
Bund-Länder-Zusammenarbeit	Bildung ist Ländersache, aber auch gesamtstaatliche Verantwortung.	Kooperations-verbot aufheben	Kooperations-verbot aufheben	Kooperations-verbot aufheben	Grundlegende Reform des Bildungs-föderalismus
Kinderbetreuung	Rechtsanspruch auf bedarfs-gerechte Betreuung	Rechtsanspruch auf Ganztags-betreuung von Kita- und Grund-schulkindern	Rechtsanspruch auf bedarfs-gerechtes, qualitativ hoch-wertiges und gebührenfreies Ganztagsbe-treuungsangebot	Anspruch auf Ganztagsplatz in einer guten Kita und Ganztags-betreuung in der Grundschule	Flexible Angebote fördern
Digitalisierung	• Digitalpakt • Bildungscloud • Weiterbildung der Lehrkräfte	• Digitale Bildung als Gegenstand von Schul- und Unterrichtsent-wicklung • Digitale Lernplattform • Open Educational Resources	• Mobiles Endgerät als Teil der Bildungs-ausstattung • IT-Infrastruktur durch Fachper-sonal betreuen • Digitale Kompetenzen stärker vermitteln	• Kulturtechniken der Digitalisie-rung vermitteln • Modell-erfahrungen und Konzepte in den Regel-betrieb überführen	• Pro Schüler 1.000 Euro für Technik und Modernisierung • Digitale Bildung als fester Bestandteil der Lehrer-ausbildung
Inklusion und Integration	• Integrations-Monitoring • Stärkung der deutschen Sprache	• Inklusive Bildung entlang der ganzen Biografie • Islamischer Reli-gionsunterricht • Keine Benachteiligung wegen Herkunft oder sexueller Orientierung	• Investitions-programm inklusive Bildung (barrierefreie Bildungs-einrichtungen) • Recht auf inklusive Bildung • Ausbildung zusätzlicher DaZ-Lehrkräfte	• Ausbau von Gesamt- und Gemeinschafts-schulen • Nieder-schwellige Angebote bei Sprach- und Integrations-kursen • Gleiche Rechte für LSBTIQ	• Keine Schließung von Förderschulen • Inklusive Lern-gruppen nur bei Einhaltung von Standards • Umfassende Sprachförderung • Sofortige Teilnahme von Flüchtlingen am Unterricht
Schwerpunkt 1	Berufliche Bildung weiter stärken	Unterrichts-qualität durch schnelle Nutzbar-machung erfolgreicher Konzepte	Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität	Ausbau von Prävention und Partizipation	Eigenständigkeit und Transparenz für Schulen
Schwerpunkt 2	Stärkung des ländlichen Raums	Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Master/Meister	Gleichstellung aller Lehrämter	Bildungsoffensive zur Verbesserung der Qualität an Schulen und Kitas	Ausbildung der Lehrkräfte verbessern; Anreize setzen



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

EINGEGANGEN
25. Juli 2017

Herr Gerhard Brand
Landesvorsitzender
VBE Landesverband Baden-Württemberg
Heilbronner Str. 41
70191 Stuttgart

Ihr Schreiben vom 17. März 2017 - Einführung von Schulgesundheitsfachkräften in Deutschland

Sehr geehrter Herr Brand,

vielen Dank für Ihren Brief vom 17. März, den ich im Auftrag von Frau Ministerin Dr. Susanne Eisenmann gerne beantworte. Ein gleichlautendes Schreiben ging auch an Herrn Dr. Fischbach.

Unter Ziffer 1 fordern Sie, die medizinische Grundversorgung an Schulen durch Schulgesundheitsfachkräfte flächendeckend bedarfsgerecht zu: etablieren und deren Finanzierung sicherzustellen. Dabei argumentieren Sie mit der starken Zunahme von chronischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen und einem damit einhergehenden höheren Bedarf der Assistenz zur Medikamentengabe.
Nach unserer Kenntnis beträgt der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit chronischen Erkrankungen rund 18 %. Dieser Anteil ist auf gar keinen Fall gleichzusetzen mit der Zahl der Schülerinnen und Schüler, die während der Schulzeit auf die Einnahme von Medikamenten angewiesen sind. Die weit überwiegende Mehrzahl derjenigen, die während der Schulzeit Medikamente zu sich nehmen müssen, ist in der Lage, die Medikamentierung selbst vorzunehmen. Außerdem muss in diesem Zusammenhang gesehen werden, dass medizinische Behandlungspflege Sache der Krankenkassen ist.

Das Kultusministerium zu Schulgesundheitsfachkräften

Am 17. März 2017 hatte sich der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Baden-Württemberg mit einem Schreiben an Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann gewandt und die Einführung von Schulgesundheitsfachkräften gefordert. Zur Begründung seines Anliegens hatte der VBE auf die Zunahme chronischer Krankheiten bei Kindern und Jugendlichen verwiesen. Dieser bedeutet nach Ansicht des VBE auch einen damit einhergehenden höheren Bedarf an Assistenz zur Medikamentengabe in der Schule.

Auch durch Inklusion ist nach Ansicht des VBE der Anspruch an eine medizinische Versorgung der Schülerinnen und Schüler gestiegen. Die Sorge des VBE ist, dass sich Lehrkräfte in rechtliche Graubereiche begeben, wenn sie Bitten der Eltern nachkommen, um Inklusion zu ermöglichen. Deswegen hatte der VBE die Forderung erhoben, die medizinische Grundversorgung an Schulen durch Schulgesundheitsfachkräfte flächendeckend sicherzustellen.

Dieser Argumentation folgte das Ministerium nicht und argumentierte sachlich und nachvollziehbar dagegen. Zunächst müsse nicht jeder chronisch Kranke Medikamente zu sich nehmen. Zudem, so das Ministerium, sei die Mehrzahl derjenigen, die während der Schulzeit Medikamente zu sich nehmen müssen, dazu in der Lage, dies selbst zu erledigen. Und schließlich wies das Ministerium darauf hin, dass die medizinische Behandlungspflege Sache der Krankenkassen ist.

Auch durch Inklusion entstehe kein neuer Sachverhalt bei der Medikamentengabe. Nach § 37 SGB V haben Schülerinnen und Schüler, die medizinische Behandlungspflege benötigen, darauf einen Anspruch unabhängig vom Lernort. Diese ist wiederum von den Krankenkassen zu leisten.

Des Weiteren gab das Ministerium sehr detaillierte Auskünfte zu den Rechten und Pflichten von Lehrerinnen und Lehrern bezüglich der Verabreichung von Medikamenten bei chronischen Krankheiten in Schulen. Hierzu existiert eine Verwaltungsvorschrift vom 4. Februar 2013. Der VBE fasst die wesentlichen Aussagen für Sie zusammen:

- Medikamente dürfen nur von medizinischen Fachkräften oder von Personensorgeberechtigten verabreicht werden.
- Personensorgeberechtigte können aber ihr Sorgerecht an die Schule delegieren, wobei die Schule nur im Rahmen der Zumutbarkeit und der Möglichkeiten von medizinischen Laien tätig wird.
- Hierbei muss Rücksicht genommen werden auf die unterschiedlichen Fähigkeiten der Lehrkräfte und auch auf das unterschiedliche Maß dessen, was sich Lehrkräfte zutrauen.
- Ist die Lehrkraft nicht bereit oder nicht in der Lage dazu, die erforderliche Hilfestellung zu geben, muss von den Eltern eine medizinische Behandlungspflege durch einen ambulanten Pflegedienst organisiert und mit der Schule abgestimmt werden.
- Bei einer einfachen Dosierung und Verabreichung der Medikamente kann grundsätzlich eine Unterstützung von der Schule erwartet werden.
- Bereits kleine medizinische Verrichtungen (zum Beispiel Augentropfen, Ohrentropfen, Blutabnahme aus dem Finger) können jedoch von einer einzelnen Lehrkraft gegen ihren Willen nicht verlangt werden.

Eine besondere Regelung existiert lediglich für den Umgang mit Diabetes. An Diabetes erkrankte Schülerinnen und Schüler haben einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Aufnahme in eine ihrer Begabung entsprechende Schule. In diesem Fall werden Schulen gebeten, dass sich mindestens zwei Lehrkräfte des Kollegiums fortbilden, um die notwendige Sachkunde zur sachgerechten Bedienung einer Insulinpumpe zu erlangen. Eine Teilverantwortung kann die Lehrkraft übernehmen, indem sie die Schülerin oder den Schüler daran erinnert, den Blutzucker zu messen und die Insulinpumpe zur Abgabe von Insulin zu veranlassen.
Ein wichtiger Hinweis für Lehrerinnen und Lehrer ist aber besonders, dass Lehrkräfte, die entsprechend den geschilderten Maßgaben Medika-

mente verabreichen oder die Insulinpumpe bedienen, von einer direkten Haftung gegenüber dem Geschädigten freigestellt sind. Dies gilt allerdings nicht bei vorsätzlichen Handlungen und ist abhängig von der Anerkennung des schädigenden Vorfalls als Arbeitsunfall. Bei vorsätzlichem und grob fahrlässigem Handeln der Lehrkraft besteht außerdem ein Ersatzanspruch des Trägers der gesetzlichen Unfallversicherung.

Zum Schluss wies das Ministerium noch auf präventive Angebote hin, die das Land Baden-Württemberg Schulen zur Verfügung stellt. Seit 2011 gibt es das Präventionskonzept „stark. stärker. WIR." Es dient der Unterstützung von Schulen, ein Curriculum für nachhaltige Präventionsarbeit zu entwickeln. Im Rahmen des Konzepts erhalten Schulen Unterstützung durch Präventionsbeauftragte, die Fortbildungen zu Themen der Prävention geben, Schulen beraten und Kooperationspartner vermitteln. Durch Schulgesundheitsfachkräfte, so das Ministerium, entstünde im Präventionsbereich eine Parallelstruktur.

Den Ausführungen des Ministeriums kann der VBE Baden-Württemberg folgen und sieht sie als Basis für eine weitere konstruktive Zusammenarbeit. Er verweist jedoch auf Modellprojekte in Hessen und in Brandenburg, wo der Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften erprobt wird. Dort sind diese für Präventionsarbeit, Medikamentengabe, medizinische Akutversorgung zuständig und entlasten Lehrerinnen und Lehrer. Als Grund für die Einführung des Modellprojekts wird zudem genannt, dass die gesundheitliche Chancenungleichheit reduziert werden soll. Untersuchungen zeigen nämlich, dass Kinder aus sozial benachteiligten Schichten ein erhöhtes Risiko für einen beeinträchtigten allgemeinen Gesundheitszustand haben.

Der VBE Baden-Württemberg würde es deswegen begrüßen, wenn die Landesregierung, das Ministerium für Soziales und Integration und das Kultusministerium die Entwicklung des Modellprojekts verfolgen und die wissenschaftliche Evaluation des Projekts in eigene Überlegungen einfließen lassen. Eine Initiative der Landesregierung in Richtung eines Modellprojektes unter Einbeziehung von Erkenntnissen aus Hessen und Brandenburg würde der VBE Baden-Württemberg unterstützen.

Personalräteschulung

Landesweite Personalräteschulung in Pforzheim

Am 30. Juni fand in Pforzheim eine ganztägige Personalräteschulung für die VBE-Personalräte aus ganz Baden-Württemberg statt. Rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Personalratsebenen haben das Fortbildungsangebot des VBE wahrgenommen und sind ins Parkhotel nach Pforzheim gereist.

Inhalt der Schulung war unter anderem die Geschäftsführung des Personalrats mit den Schwerpunkten Vorstandsarbeit, Freistellungen sowie die Zusammenarbeit mit der Schwerbehindertenvertretung. Zu diesem Themenbereich referierte Prof. Johann Bader (Bild), Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht und Mitautor des kommentierten LPVG (Kohlhammer Verlag) am Vormittag. Er verstand es, in einem kurzweiligen Vortrag die komplexe Thematik verständlich zu vermitteln, und beantwortete flexibel und kompetent Fragen aus dem Plenum.

Am Nachmittag berichtete Otmar Winzer, stellv. VBE-Landesvorsitzender, über den Ausgang von Gerichtsverfahren vor Verwaltungsgerichten bzw. dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim zur Fragestellung der Freistellungsstunden für die Personalratsarbeit. Im Anschluss daran gestaltete Gerhard Freund, ebenfalls stellv. VBE-Landesvorsitzender, eine Frage- und Diskussionsrunde zur Gestaltung von Personalversammlungen. Die Personalrätinnen und Personalräte konnten beiden Referenten Fragen stellen, die sie in kompetenter Weise beantworteten.
Die Pausen wurden von den Personalrätinnen und Personalräten rege genutzt, um sich über ihre Arbeit vor Ort auszutauschen. So war es insgesamt für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine gewinnbringende Schulung, die nicht nur zahlreiche Informationen, sondern auch Raum zum Austausch von Erfahrungen und zur Vernetzung bot.

Der VBE im Gespräch mit ...

... Vertreterinnen der Elternstiftung, v. l.: Eva Blum (Referentin), Gerhard Brand (Landesvorsitzender VBE Baden-Württemberg), Elke Picker (Vorsitzende der Elternstiftung), Michael Gomolzig (stellvertretender Landesvorsitzender VBE BW) und Cornelia Vereecke-Richter (Geschäftsführerin der Elternstiftung)

VBE und Elternstiftung bekräftigen Willen zur Zusammenarbeit

Bei einem Treffen zwischen der Gemeinnützigen Elternstiftung Baden-Württemberg und dem Verband Bildung und Erziehung (VBE) Baden-Württemberg am 26. Juli 2017 haben beide Parteien Möglichkeiten zur Zusammenarbeit ausgelotet. Der VBE Baden-Württemberg sieht die Zusammenarbeit mit Eltern als ein wichtiges Thema für Lehrkräfte an. Deswegen möchte sich der VBE zusammen mit der Elternstiftung für Erziehungspartnerschaft zwischen der Schule und dem Elternhaus engagieren.

In der Landesgeschäftsstelle des VBE Baden-Württemberg hießen der Landesvorsitzende Gerhard Brand und der stellvertretende Landesvorsitzende und Pressesprecher des VBE, Michael Gomolzig, die Vertreterinnen der Elternstiftung willkommen. Elke Picker, Vorsitzende der Elternstiftung, Geschäftsführerin Cornelia Vereecke-Richter und Eva Blum, Referentin bei der Elternstiftung und auch beim VBE, kamen am 26. Juli 2017 mit dem VBE Baden-Württemberg zusammen, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten.

Die Vertreterinnen der Elternstiftung stellten zunächst die Stiftung selbst vor. Als unabhängige Stiftung des bürgerlichen Rechts widmet sich die Elternstiftung Baden-Württemberg der Elternbildung. Gegründet wurde sie vor über 40 Jahren von Graf Alois von Waldburg-Zeil, dem damaligen Vorsitzenden des Landeselternbeirats (LEB). Gefördert wird die Stiftung durch Spenden und durch Haushaltsmittel des Landes.

Mit ihrer Arbeit verfolgt die Elternstiftung das Ziel, die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Schule und Elternhaus zu fördern. Seit Anfang der 2000er Jahre hat die Stiftung ein wachsendes Fortbildungsangebot entwickelt, das die konstruktive Mitwirkung der Eltern an den Schulen fördert. Das Programm der Stiftung wird landesweit umgesetzt und umfasst unter anderem Schulungen für Elternvertreter, Qualifizierungen von Elternmentoren, insbesondere interkultureller Mentoren nach dem Motto „Eltern helfen Eltern“, sowie verschiedene Angebote zu bildungsbiografischen Übergängen.

Im Gespräch kam man schnell auf gemeinsame Punkte. Ziel der gemeinsamen Bemühungen soll sein, einen Beitrag zur konstruktiven Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Eltern zu leisten. Als sinnvoll erachten Elternstiftung und VBE, Lehrkräften und Eltern Ideen an die Hand zu geben, wie sie den rechtlichen Rahmen der Zusammenarbeit sinnvoll ausgestalten können.

Sowohl Lehrkräfte wie auch Eltern sollten die gegenseitigen Rechte und Pflichten kennen. Außerdem möchte man beide im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit unterstützen. In diesem Rahmen kam die Idee auf, dass VBE und Elternstiftung eine gemeinsame Fortbildung von Schulleitungen und Elternbeiratsvorsitzenden organisieren. Den Willen, als Partner in Bildung und Erziehung aufzutreten, bekräftigten beide Gesprächspartner ausdrücklich.

... Dr. Günter Klein, Direktor des Landesinstituts für Schulentwicklung

Das LS zum neuen Qualitätskonzept der Kultusministerin

Das neue Qualitätskonzept der Kultusministerin bedeutet gravierende Veränderungen für das Landesinstitut für Schulentwicklung (LS) und zahlreiche weitere Akteure im Bildungswesen wie zum Beispiel die Landesakademien. Dr. Günter Klein, Direktor des LS, betonte beim Gespräch mit dem Verband Bildung und Erziehung (VBE) Baden-Württemberg am 27. Juli, dass die Ziele des neuen Qualitätskonzepts, wie etwa Stärkung der datengestützten Schulentwicklung, intensivere wissenschaftliche Begleitung von Konzepten, Bündelung von Zuständigkeiten oder konsequente Verzahnung von Unterstützungsangeboten, vom LS begrüßt werden. Die Entscheidung, das LS zum 31.12.2018 als eigenständige Einrichtung aufzulösen, sei jedoch sehr schmerzlich, führe aber nicht dazu, dass man nun auf halbe Kraft schalten werde. Das LS erfülle bis zuletzt weiterhin wichtige Aufträge und Aufgaben für das Schulwesen in Baden-Württemberg, die künftig in den neuen Strukturen fortgeführt werden.

Unter anderem beschäftigen das LS derzeit die Vergleichsarbeiten 3 und 8, wichtige weitere Bildungsplanarbeiten für die allgemeinbildenden Schulen, darunter der Aufbaukurs Informatik, aber auch das förderdiagnostische Verfahren Lernstand 5. Dieses Instrument dient der unbenoteten Ermittlung des Lernstands von Schülerinnen und Schülern zu Beginn der Orientierungsstufe und daran anschließender passgenauer Förderung. Ein weiteres Großprojekt in der Verantwortung des LS ist die Erstellung eines neuen Bildungsplans für die beruflichen Gymnasien. Außerdem wird das Institut sich weiter der Stärkung der Selbstevaluation – insbesondere mit dem Schwerpunkt Unterrichtsqualität – widmen. Bei der damit verbundenen Instrumentenentwicklung wird das LS auch mit Landesinstituten anderer Bundesländer kooperieren.

An der Vorstellung der aktuellen und bevorstehenden Projekte des Landesinstituts für Schulentwicklung nahmen der Landesvorsitzende Gerhard Brand und die stellvertretenden Landesvorsitzenden Gerhard Freund und Nicola Heckner teil. Nicht zufrieden war man auf beiden Seiten mit der abrupten Beendigung der Fremdevaluation. Hier, so die Ansicht der Gesprächsteilnehmer, hätte man andere Lösungen favorisiert. Der VBE hatte den Umgang mit dem Personal, das für die Fremdevaluation verantwortlich ist, bereits in seinen Pressemeldungen moniert und ein Zeichen der Wertschätzung für die Arbeit der Evaluatorinnen und Evaluatoren gefordert. Demgegenüber wurden die Bemühungen des Kultusministeriums um gute Lösungen für die in der Fremdevaluation eingesetzten Lehrkräfte, die größtenteils nun im neuen Schuljahr wieder an Schulen tätig sind, vom LS ausdrücklich gelobt.

Wie der externe Blick auf Schulen in Zukunft erfolgen soll, war ebenfalls Teil des Austausches im LS. Dr. Klein erklärte den VBE-Vorsitzenden, dass das LS verschiedene mögliche Modelle skizzieren und diese in die neue Projektgruppe im Ministerium einbringen wird. Er betonte, dass für das weitere Vorgehen vor allem wichtig sei, datengestützte Qualitätsentwicklung mit entsprechender Konsequenz bezüglich der Datengewinnung, Datenaufbereitung und vor allem der Datennutzung sowie stringenter Kohärenz hinsichtlich der Unterstützung der Schulen zu betreiben.

Dr. Günter Klein äußerte zum Schluss des Gesprächs die Hoffnung, dass die Kompetenzen und das Engagement der derzeit am LS arbeitenden Expertinnen und Experten nach dem 31.12.2018 für die Aufgabenerfüllung in den neuen Strukturen genutzt werden. Der VBE Baden-Württemberg unterstützt dies und hält eine entsprechende Umsetzung für sehr sinnvoll. Auf die Expertise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesinstituts für Schulentwicklung kann Baden-Württemberg nicht verzichten.

Der VBE im Gespräch mit ...

... Thomas Hartmann, Ministerialrat, Leiter des Referats 33 des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Berufliche Orientierung an Hauptschulen und Werkrealschulen

Hauptschulen und Werkrealschulen sind kein Auslaufmodell. Das hob Ministerialrat Thomas Hartmann bei einem Treffen am 27. Juli 2017 mit Vertretern des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Baden-Württemberg im Kultusministerium hervor: Eine Reihe von Haupt- und Werkrealschulen könnten sich aufgrund durchdachter Konzepte zur beruflichen Orientierung regional sehr gut im Miteinander der Schularten behaupten.

Hauptschulen/Werkrealschulen mit einem erfolgreichen berufsorientierenden Profil pflegen häufig eine intensive, gelebte Zusammenarbeit mit Betrieben und arbeiten mit einem festen Curriculum im Bereich der beruflichen Orientierung, berichtete der Leiter des Referats 33 (Hauptschulen, Werkrealschulen, Ganztagsschulen) Thomas Hartmann. Im kommenden Jahr soll ein Pilotprojekt zur beruflichen Orientierung gestartet werden. Gerhard Brand, Landesvorsitzender des VBE Baden-Württemberg, und die stellvertretenden Landesvorsitzenden Otmar Winzer und Gerhard Freund begrüßen diese Absicht.

Das Pilotprojekt soll sich dabei nicht nur um die Zusammenarbeit zwischen Hauptschulen/Werkrealschulen und Betrieben drehen, sondern auch Kooperationen mit beruflichen Schulen in Form von Werkstatttagen beinhalten. Wichtig ist dabei, dass die Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit bekommen, praktische Erfahrungen auch in den Werkstätten der beruflichen Schulen zu machen. Die Schülerinnen und Schüler sollen dabei von ihren Lehrkräften begleitet werden und von ihnen ein Feedback erhalten. Die VBE-Vertreter brachten beim Treffen auch ihre Anregungen zur Umsetzung des Pilotprojekts ein. Sie regten zum Beispiel an, auch den Bereich Bewerbertraining im Pilotprojekt der beruflichen Orientierung abzudecken. Die Staatlichen Schulämter sind nach Meinung des VBE für einen nachhaltigen Erfolg des Projektes ebenfalls mit ins Boot zu holen. Außerdem muss die Wertigkeit des Projekts auf jeden Fall auf alle Ebenen der Schulverwaltung transportiert werden und Schulen müssen insbesondere ihren Partnern vor Ort zeigen, wie wichtig ihnen das Projekt ist.

Das Team um Ministerialrat Hartmann nahm den Input gerne auf – speziell der letzte Punkt wurde ihnen auch in Gesprächen mit erfolgreichen Werkrealschulen verdeutlicht. Als nächster Schritt ist geplant, dass im Herbst auf einer Tagung mit Vertreterinnen und Vertretern der Regierungspräsidien Best-Practice-Beispiele vorgestellt werden, bevor das Pilotprojekt im neuen Jahr dann richtig starten soll. Die VBE-Vertreter bekräftigten bei dem Treffen ebenfalls das Interesse des VBE an dem Pilotprojekt und dass der VBE dieses aufmerksam begleiten wird.

– Anzeige –

DSLK

08. bis 10. März 2018
Düsseldorf | Kongresszentrum CCD Süd

7. Deutscher Schulleiterkongress 2018

Schulen gehen in Führung

Als Fortbildung anerkannt

Erhalten Sie in über 100 zukunftsweisenden Vorträgen und Workshops von über 120 renommierten Experten sofort anwendbare praxisrelevante Lösungen für Ihren Schulalltag.

JETZT anmelden und Frühbucherrabatt von über 20 % sichern!

Wir sehen uns auf dem DSLK 2018!

www.deutscher-schulleiterkongress.de

Jetzt
30,– Euro
dbb-Start-
guthaben[1)]
sichern!

0,– Euro Bezügekonto[2)] der „Besten Bank“

[1)] Für Einzelmitglieder der Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften des dbb und ihre Angehörigen; Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.
[2)] Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

- ✔ Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst
- ✔ Einfacher Online-Kontowechselservice
- ✔ dbb-Vorteil: 30,– Euro Startguthaben[1]

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 190 (kostenfrei)
www.bbbank.de/dbb

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Die Vorsitzenden der Lehrerverbände in der Kommission Bildung und Wissenschaft im Beamtenbund Baden-Württemberg (bbw) beim Fachdialog „Schulleitung – Schlüsselfaktor für die Qualität von Schule und Unterricht", von links: Bernd Saur, Herbert Huber, Dr. Karin Broszat und Gerhard Brand

Fachdialog Schulleitung der Fraktionen Grüne und CDU

„Schulleitung – Schlüsselfaktor für die Qualität von Schule und Unterricht" – so war die Anhörung, welche die Fraktionen Grüne und CDU am 12.07.2017 im Landtag von Baden-Württemberg gemeinsam veranstalteten, betitelt. Zahlreiche Expertinnen und Experten, die im Bildungssystem Baden-Württembergs wirken, waren der Einladung der Fraktionen gefolgt. Auch der VBE Baden-Württemberg war durch seinen Landesvorsitzenden, Gerhard Brand, vertreten.

Gemeinsam wurde beim Fachdialog darüber diskutiert, wie Schulleitungen in ihrer Rolle unterstützt werden können: Wie kann das Berufsbild attraktiver gemacht werden? Angesichts von 1,4 Bewerberinnen/Bewerbern pro Schulleitungsstelle ist das eine sehr dringende Frage. Ebenso wichtig ist aber die Qualifizierung von Schulleitungen. Wie soll die Qualifizierung zur Schulleiterin beziehungsweise zum Schulleiter aussehen? Welche Fortbildungsangebote sind für Schulleitungen wichtig? Auch das Aufgabenspektrum von Schulleitungen war Thema: Mit welchen Aufgaben sollen Schulleitungen betraut werden? Worauf sollen sie sich konzentrieren?

Schulleitung muss sich auf das Kerngeschäft konzentrieren können

Den einstimmenden Grußworten der Fraktionsvorsitzenden Andreas Schwarz (Grüne) und Prof. Dr. Wolfgang Reinhart (CDU) folgten zwei wissenschaftliche Fachvorträge. Prof. Dr. Stephan Huber vom Institut für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie der Pädagogischen Hochschule Zug widmete sich zunächst den Aufgaben der Schulleitung. Die zentrale Aufgabe für Schulleitungen, das hob er hervor, sei es, auf Qualität zu achten und Qualität zu entwickeln. Eine Schulleiterin / ein Schulleiter müsse dazu Bewährtes bewahren, Neues innovieren und Optimierungspotenziale entwickeln.

Der zweite Referent, Dr. Thomas Rieke-Baulecke vom Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH), hat sich mit dem baden-württembergischen Kultusministerium bereits einige Male ausgetauscht. Er forderte als oberste Maxime ein, dass sich die Schulleitung auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können müsse. Im Zentrum sollten die Fragen „Was sollen die Schülerinnen und Schüler lernen? Und was haben Sie tatsächlich gelernt?" stehen. Und das auch auf allen Ebenen des Schulsystems. Dazu müsse notwendigerweise aber auch eine gewisse Kohärenz im System gegeben sein.

Viele Verbesserungsvorschläge für die Situation der Schulleitung

Die Ideen aus den Vorträgen wurden anschließend in drei verschiedenen Workshops unter wissenschaftlicher Leitung weiter vertieft und daraufhin dem Plenum präsentiert. Ein Verbesserungsvorschlag, der in allen drei Workshops eingefordert wurde, war, Schulleitungen zu entlasten. Wie das geschieht, ob über Verwaltungsassistenzen, über zusätzliche Leitungsstunden oder die Möglichkeit, mehr Aufgaben zu delegieren, wurde nicht festgelegt. Ideen gab es aber reichlich.

Als weitere wichtige Verbesserung wurde eine bessere Klärung der Verantwortlichkeiten im System angemahnt. Die Rollen der Akteure sollten gut durchdacht und klar definiert werden, Schnittstellen, Überlappungen und Unklarheiten sind zu beseitigen. Auch die Rolle des Unterrichts wurde hervorgehoben. Schulleitungen soll es ermöglicht werden, weiterhin zu unterrichten. Die Auffassung war, dass so der Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern bestehen bleibt und der Schulleiter immer noch im Kerngeschäft – den Schülerinnen und Schülern etwas beizubringen – tätig ist. Weitere Vorschläge gingen unter anderem in die Richtung, mehr Systematik in der Personalentwicklung zu verankern und unterschiedliche Anforderungsprofile für unterschiedliche Schulen zu entwickeln.

Die Regierungsfraktionen erhielten auf jeden Fall einige Vorschläge zur Unterstützung der Schulleitungen in ihrem Beruf. Sandra Boser, bildungspolitische Sprecherin der Grünen, und Karl-Wilhelm Röhm, bildungspolitischer Sprecher der CDU, fokussierten sich am Ende auf kleine Grundschulen. Hier machten beide Verbesserungsbedarf aus und möchten diese bei zukünftigen Maßnahmen auf jeden Fall berücksichtigen. Mit Geschenken bedankten sich beide abschließend bei den Referenten und kündigten den nächsten Fachdialog an. Dieser soll am 9. Oktober 2017 stattfinden und sich dem Thema Bildungsmonitoring widmen.

Fachtagung *

*** für Schulaufsichtbeamtinnen und -beamte und für Schulleitungen**

23. Oktober 2017

Schwabenlandhalle Fellbach

Gäste der Fachtagung sind unter anderem: Dr. Susanne Eisenmann, Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, sowie die bildungspolitischen Sprecher der Parteien.

Gute Schule braucht gutes Führungspersonal: Was können Schulleitung und Schulverwaltung dazu beitragen, um die Qualität an baden-württembergischen Schulen zu erhalten und nachhaltig zu verbessern? Dieser Frage geht die Tagung nach. Ziel soll es sein, den Austausch zwischen Schulleitung und Schulverwaltung anzuregen und dauerhaft zu verbessern.

Außerdem wird **Ilka Piechowiak**, ehemalige Marketing- und Vertriebsmanagerin und frühere Handball-Nationalspielerin, in einem spannenden Vortrag ihre Erfahrungen aus dem Führungsalltag und dem Leistungssport weitergeben. Anhand eindrucksvoller Beispiele aus dem Leistungssport zeigt sie authentisch und praxisnah, was es bedeutet, sich selbst eigenverantwortlich zu führen und durch eine positive innere Haltung das Kollegium zu motivieren.

Wir freuen uns, Sie am 23. Oktober in Fellbach begrüßen zu dürfen!

Weitere Informationen zu Programmablauf und Anmeldung auf unserer Homepage unter:

www.vbe-bw.de

Coaching – ein Führungsansatz (Teil 2)

Von Klaus de Jong

Coaching in der Personalförderung

„Coaching zählt in diesem Zusammenhang zu den zielgerichteten und entwicklungsorientierten Führungs-, Förderungs- und Unterstützungsaufgaben des meist direkten Vorgesetzten gegenüber seinen Mitarbeitern, die im Rahmen eines Personalentwicklungskonzeptes umgesetzt werden." Der Vorgesetzte hat diese Aufgaben prinzipiell durchgehend und zeitlich unbegrenzt inne, auch wenn oft eine konsequente Umsetzung tatsächlich nur bei neuen Mitarbeitern, zum Beispiel bei solchen, die noch in der Ausbildungs- oder Einarbeitungsphase sind, oder bei einer Personalentwicklung von „Nachwuchs-Führungskräften" oder in der stattfindet" (Hartmann, 2004). In der Literatur wird im oben genannten Zusammenhang oft auch von „Mentoring" gesprochen, bei dem der Vorgesetzte die jeweiligen Mitarbeitenden zu bestimmten Aufgaben qualifiziert, das Erledigen fachlich betreut, anleitet und unterstützt. Zwischen Mentoring und Coaching ergeben sich hinsichtlich der Interaktionsweisen der beteiligten Personen Unterschiede (siehe Tabelle 1).

Internes Coaching ist allein sachbezogen und setzt Freiwilligkeit, Rollenklarheit, beiderseitiges Vertrauen und gegenseitige Anerkennung voraus. Schreyögg weist darauf hin, dass, „selbst wenn sich eine Beratung ausschließlich um fachliche Probleme dreht, dies nicht in jedem Fall ohne problematische Konsequenzen bleiben muss, da es immer auch die Aufgabe des Vorgesetzten sein wird, seine Mitarbeiter zu beurteilen und zu kontrollieren" (Schreyögg, 2002). Rauen betrachtet den Coach inhaltlich als Prozessberater, dessen Aufgabe es ist, Rückmeldung (Feedback) zu geben sowie „Verhaltens- und Wahrnehmungseinschränkungen" zu analysieren und zu bearbeiten.

Damit Sie als Führungskraft in der Lage sind, die gewünschte Beratungsleistung im Coachingprozess zu erbringen, benötigen Sie zunächst einen zeitlichen Freiraum und die Ausstattung mit entsprechenden Coaching-Kompetenzen. Sie sollten in der Lage sein, Ihr eigenes Führungsverhalten zu analysieren und zu reflektieren, die Beziehung zum Mitarbeiter aktiv zu gestalten, die durch Coaching angestrebten Entwicklungen entsprechend am derzeitigen Entwicklungsstand des Mitarbeiters auszurichten und mit dem Mitarbeiter entsprechende Lernanregungen zu beraten.

In Ihren Vorbereitungen sowie in der Prozessgestaltung sollte Ihnen bewusst sein, dass Mitarbeiter-Coaching trotz eines gelebten partnerschaftlichen Führungsstils auf einer asymmetrischen (ungleichgewichtigen) Coach-Coachee-Beziehung basiert, die von vornherein das Lernklima beeinflusst und die zu bearbeitenden Themenstellungen begrenzen kann bzw. begrenzt. Entscheidend ist vor und zu Anfang eines Coachings von Mitarbeitenden:
– inwieweit sich die Beteiligten über ihre Rollenverteilungen und damit über die Übernahme von Funktionen in dieser Coach-Coachee-Beziehung bewusst sind.
– eine tragfähige, vertrauensvolle Beziehung aufzubauen, um dann gemeinsam mit dem Mitarbeiter, vor allem auf dessen Anliegen eingehend, Entwicklungsschritte und -ziele zu beschreiben und zu vereinbaren.

Tabelle 1

Coach	Mentor
• verwendet ein strukturiertes Modell für seine Gespräche mit vereinbarten Ergebnissen; • benutzt bestimmte Fragetechniken, um Prozesse voranzubringen; • kann sich auch auf einen eng begrenzten Bereich beziehen; • erwartet, dass der Coachee eigene Fragen und Ideen einbringt; • muss nicht zwingend dieselbe Rolle begleitet haben; • steuert die Verfahrensweise ohne inhaltlich Stellung zu beziehen; • Hauptziel ist, die Fähigkeiten des Coachee zu wecken bzw. zu stärken.	• stellt gegebenenfalls schnell Ideen oder Lösungen zur Verfügung; • gibt Hinweise und Tipps, wie er in bestimmten Situationen vorgegangen ist; • hat schon gleiche Rollen durchlaufen wie der Mentee; • der Kontakt zum Mentor erfolgt meist auf informeller Ebene; • Ziel ist, einer unerfahrenen Person Wissen zu vermitteln; • ist eng mit dem Tätigkeitsfeld des Mentee verbunden (zum Beispiel Training on the job)" (nach Tolhurst, 2012).

Ein Einzel-Coaching eines Mitarbeitenden bezieht sich im Bildungs- und Erziehungsfeld zum einen auf die Lerngruppe und dabei erforderliche Führungsaufgaben, zum anderen auf den fachlichen Aufgabenbereich des betreffenden Mitarbeitenden sowie auf eine Steigerung von dessen beruflicher Selbst- und Handlungskompetenz (zum Beispiel durch Verbesserung der Selbstreflexion und Eigenverantwortung). Ziel ist eine Hilfe zur Selbsthilfe auch durch ein transparentes Vorgehen.

Merkmale von Coaching im pädagogischen Kontext

1. Pädagogisches Coaching als Ermöglichen von Lernprozessen;
- Lernen ist zu sehen als autonomer und eigendynamischer Strukturbildungsprozess;
- Eigendynamik und -aktivität des Coachees ermöglichen die eigenverantwortliche Gestaltung des eigenen Lebens und der eigenen Lebensumwelt. Der Coachee ist daher in der Lage, Veränderungen in seinem Leben selbst herbeizuführen.

2. Im Mittelpunkt pädagogischen Coachings steht die Ressourcen-Aktivierung;
- pädagogisches Coaching zielt darauf ab, Ressourcen zu erhalten und zu stärken;
- pädagogisches Coaching ist hinsichtlich seiner grundsätzlichen Ausrichtung individuumszentriert;
- pädagogisches Coachen geht von der Bildsamkeit des Menschen aus;
- pädagogisches Coachen basiert auf anderen theoretischen Prämissen als Ansätze, die auf der nomothetischen Verifikation von Defiziten und Störungen beruhen.

3. Pädagogisches Coaching berücksichtigt die Vernetztheit mit dem Umfeld;
- hinsichtlich des Umfeldes ist beim pädagogischen Coaching vor allem die Eruierung belastender und unterstützender Funktionen von zentraler Bedeutung (vgl. Hartmann, 2004).

Zusammenfassend: Ziel eines pädagogischen Coachings ist die Hilfe zum eigenständigen Gewinnen neuer Sichtweisen und Handlungsmöglichkeiten.

Die coachende Führungskraft muss über entsprechende methodische wie fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen. Grundlegende Gesichtspunkte für die Arbeit eines Coaches sind:

Der Coach
- kann und darf nicht „allwissend" sein;
- steuert Prozesse zur optimalen Entwicklung der Ressourcen mit dem Ziel der Eröffnung und Nutzung neuer Wahlmöglichkeiten;
- nimmt dem Klienten keine Probleme ab;
- berät den Coachee, wie dessen Probleme effektiv(er) bewältigt werden können;
- drängt dem Klienten nicht seine Meinungen und Ideen auf.

Der Coachee
- „kann seine Probleme nur selbst bewältigen;
- kann dem Coach nicht die Verantwortung für seine Probleme übertragen" (Hartmann, 2004).

Funktionen des Gesprächs im Coaching
- Das Feststellen des persönlichen Coaching-Anliegens
- Das Feststellen der subjektiven Involviertheit: Das heißt, der Fortentwicklung des Coachees steht immer eine Form persönlichen Verwobenseins im Wege. Erarbeitung der spezifischen Deutungs- und Handlungsmuster. Empfohlen wird die konkrete Situationsbeschreibung durch den Coachee mit dessen Worten.
- Herausarbeiten der Optionen im Hinblick auf Veränderungsmöglichkeiten, um die Ist-Situation zielgerichtet zu verändern: Ermittlung, welche Verhaltensalternative der Coachee präferiert und sich aktuell zu realisieren traut. Wichtig: Der Coach sollte dem Coachee die freie Entscheidung über die einmal erarbeitete Option belassen. „Reale Situationen enthalten unendlich viele Parameter, die in Gesprächen immer nur ausschnitthaft erfasst werden können. Die Realität erzwingt dann doch oft Verhaltensmuster, die im Coaching nicht vorhersehbar waren." (Schreyögg, 1998, S. 220).
- Modelllernen beziehungsweise Vorbildfunktion für den Coachee: „Nebeneffekt von Coaching ist, dass die eigene Kommunikationsweise um neue Argumentationsmuster, Denkfiguren oder sprachliche Expressionsformen erweitert wird" (Vespermann, 2009).

Ablauf eines Coaching-Gesprächs

Das folgende Raster gibt einen Einblick in die Stationen eines Gesprächs im Coachingsprozess:
- „Gemeinsame Ebene herstellen;
- Zeitbudget klären;
- Sammlung der Punkte: Was steht heute an?;
- Entscheidung über den zunächst wichtigsten Punkt;
- Punkt wird besprochen;
- Punkt abschließen: Was ist jetzt anders? Was fehlt noch? Was brauchen Sie jetzt noch?;
- Weitere Punkte werden besprochen und abgeschlossen: Welche Empfehlung geben Sie sich bzw. gibt Ihnen der Coach?
- Reflexion des Coaching-Gesprächs: Was nehmen Sie mit? – Würdigung der Ergebnisse und Vereinbarung nächster Termin" (Vespermann).

Gesprächsformate – Interventionen

Jedes Gespräch, so auch ein Gespräch beim Coaching, bedarf einer Steuerung, hier der bewussten und zielbezogenen Steuerung durch Interventionen des Coach. Solche Interventionen können sein:

Zuhören und Zusehen: Zuhören bedeutet, der Coaches wird „aktiv versuchen zu erfassen, was genau der andere ihm sagen will, ohne das Gehörte mit eigenem Material anzureichern, ohne zu verändern, umzuinterpretieren oder gleich einzusortieren in sein vielleicht schon vorhande-

nes Konzept über den Klienten“ (Looss, 1997, S. 120). Der Coach hört aufmerksam und konzentriert zu, signalisiert verbal und nonverbal Aufmerksamkeit und vermeidet Störungen und Ablenkungen.

Spiegeln: Der Coach formuliert (wiederholt) mit eigenen Worten, was das Gegenüber gesagt hat. Er kontrolliert für sich selbst, ob er das Gegenüber richtig verstanden hat, und demonstriert gleichzeitig Verständnis.

Verstehen: Durch Zuhören ohne Wertungen, Nachfragen und ggf. Bestätigungen versucht der Coach, die derzeitige persönliche und berufliche Situation des Ratsuchenden zu verstehen (Looss, 1997, S. 103).

Verstärken: Der Coachee fühlt sich akzeptiert durch verbale Äußerungen des Coaches wie „Ja!“, „Richtig!“, „Natürlich!“, „Gut!“ etc. und nonverbale Signale wie Blickkontakt, Kopfnicken, Lächeln etc.

Verbalisierung von Gefühlen oder emotionalen Erlebnisinhalten: Als auch für sich empathische Führungskraft verbalisieren Sie Ihre Gefühle, das heißt drücken diese sprachlich aus.

Ausformulierten Problemen einen Titel geben: Zu einem Problem zum Beispiel aus einer Bildersammlung ein Bild aussuchen lassen und diesem einen Titel geben. So wird die visuelle Vorstellung des Problems unterstützt.

Nachfragen – gezielte Fragestellung: Einsatz von Fragetechniken wie offene und geschlossene Fragen, zirkuläres Fragen ...: Der Coach stellt immer nur eine Frage. Er fasst sich bei der Formulierung der Fragen kurz und stellt konkrete, eindeutige Fragen.

Unterstützung geben: Dies geschieht in Form von Ermuntern, Bestätigen, Zustimmen, Bekräftigen, Informationenanbieten oder praktische Anregungen bzw. Hinweise. Unterstützung erhält der Coachee in Situationen, in denen er nicht in der Lage ist, sich diese selbst zu geben.

- **Selbstausdruck fördern:** Gelegenheit, Anleitung und Ermutigung bieten, das auszudrücken, was gedacht, gefühlt und gewollt ist.

- **Bedeutungen klären:** Gleiche Begrifflichkeiten haben bei unterschiedlichen Personen oft unterschiedliche Bedeutungen, deshalb (Neu-)Klären der Bedeutung von Worten und Verhalten und schärfere Abgrenzung.

- **Pausen machen:** Der Coach gibt sich und seinem Gegenüber durch Pausen die Möglichkeit, über das Gesagte oder die momentane Situation nachzudenken. Der Coachee erhält die Möglichkeit, selbst wieder etwas zu sagen, um damit wieder das Gespräch auf für ihn bedeutsame Punkte hinzusteuern. Pausen erhöhen in jedem Fall die Wirkung des bisher Besprochenen.

- **Konfrontation:** Dies geschieht durch deutliche und klare Aussagen, die sich durch Unterschiedlichkeit zur Wahrnehmung, zum Denken und zum Wollen des Coachees auszeichnet (vgl. Looss, 1997, S. 125). Konfrontationen setzen eine tragfähige Beziehung zwischen Coach und Coachee voraus.

- **Arbeitsvorschläge:** Lernen durch Arbeitsaufträge, die im beruflichen oder privaten Umfeld des Coachees umgesetzt werden.

Erklären und Informationen geben. Konstruktive Rückmeldung / Feedback geben (nach Vespermann). Sogenannte Coaching-Tools finden sich bei Rauen (2004), bei Vogelauer (2005) und Loos (1997). Rauen nennt Voraussetzungen für den Einsatz von Interventionen: Erklärbarkeit (Sinn und Funktion der Methode) und Transparenz der Intervention; Orientierung der Intervention am Coaching-Konzept; Determination der Intervention durch Ziele und Dauer; Verhaltenserweiterung des Coachees; Abstimmung der Intervention auf das Individuum.

Struktur eines Coachingprozesses

Die Struktur eines Coachingprozesses hat Brinkmann (1997) vorgestellt:

- Gespräch zur/nach Kontaktaufnahme,
- Führen eines Erstgesprächs,
- „Einstieg in das Mitarbeiter-Coaching,
- Festlegung der Basis der Coaching-Beziehung,
- Problemdefinition / Definition des/der Anliegen(s),
- Zielsetzung und Vorgehenspläne,
- praktische Umsetzung und Erfolgskontrolle,
- Kontinuität und Festlegung neuer Problem- und Veränderungsfelder“.

Erstgespräch

Gemeinsames Klären des Kontextes: Der Coachee formuliert, welche Themen, Fragen und Probleme er in welcher Form bearbeiten möchte und wo er Unterstützung sucht. Der Coach benennt, welche Auswirkungen das Coaching und die damit verbundenen Veränderungen im Verhalten und Handeln des Mitarbeiters für dessen Umfeld haben können. Er fragt nach den Merkmalen, an denen der Coachee das Erreichen seines Zieles erkennen könne: Woran würden Sie es merken? Was wäre dann anders? Der Coach klärt auch die Erwartungen des Coachees: Was will er verändern? Was will er erreichen? Ebenso werden die Formen des Umgangs (Verhaltensweisen) miteinander geklärt: Was wollen, was können Sie tun? Was sind Sie bereit einzubringen? Welche Tabus sind im Coachingprozess gesetzt! Auch die rein formalen Dinge werden geklärt: Ort, Zeit, Dauer, Sitzungsabstand, Sitzungsdauer etc. Der Coach benennt ebenso die Geschäftsgrundlage während des Coachingprozesses in den jeweiligen Sitzungen, z. B.:

- Vertraulichkeit der Sitzungsthemen;
- klare und überprüfbare Zielvereinbarungen;
- lösungsorientierte Fragestellungen;
- Art der Gesprächsführung;
- offene und konstruktive Mitarbeit;
- Erprobungs- und Rückmeldevereinbarung;
- Art der Ergebnissicherung.

Coachingkontrakt

In diesem werden schriftlich formal die Bedingungen festgehalten, die im

Arbeitsbündnis gelten:
- Gesamtdauer des Coachings;
- Geheimhaltungs- und Vertraulichkeitspflicht;
- Haftungsfragen;
- eventuell Honorar oder Aufwandsentschädigung.

Erste Coachingsitzung

- Klärung der Themenstellung(en);
- Benennen des für den Coachee aktuell wichtigsten Themas;
- Klären der Ist-Situation;
- Nennen der angestrebten Zielsetzung;
- Coachee bestimmt, womit er beginnen will;
- gemeinsames Besprechen und Vereinbaren des Vorgehens;
- gemeinsames Überprüfen der Stimmigkeit des Vereinbarten;
- Thema für nächste Sitzung festlegen (Coachee).

Nachfolgende Coachingsitzungen

- Nachfragen, ob es etwas Brandaktuelles gibt, was zuerst bearbeitet werden soll;
- Bearbeiten des vereinbarten Themas;
- Rückblick (Coachee/Coach) auf den Inhalt und den Verlauf der Coachingsitzung;
- Vereinbaren des nachfolgenden Themas.

Abschlussgespräch

Wurde die vereinbarte Zahl der Sitzungen oder das angestrebte Ziel (Coachee) erreicht, findet ein Abschlussgespräch statt. In diesem wird nochmals vom Coachee auf den von ihm / für ihn gestalteten Prozess und seine Ergebnisse zurückgeblickt.

Vorbereitung eines Coachings / einer Coaching-Sitzung

Diese bezieht Ihre bisherigen Kenntnisse über den jeweiligen Mitarbeiter und dessen Aufgabenfelder, seine bisher gesehenen Arbeitsweisen im Kerngeschäft und im dienstlichen Verhalten sowie Kenntnisse seines beruflichen (gegebenenfalls auch privaten) Umfeldes mit ein. So könnten sich folgende Fragen ergeben:
- Was für ein Mensch ist der Coachee (Mitarbeiter)?
- In welchem Umfeld lebt er derzeit und wie stellt er sich sein gewünschtes berufliches Umfeld vor?
- Welche Aufgaben hat / hatte er und wie gestaltet er seine Arbeitstage?
- Welche Aufgaben haben wir uns gemeinsam für das Coaching gestellt?
- Welche Durchführungsmodalitäten haben wir für unsere Gespräche festgelegt?
- Welche Schritte zur Veränderung wurden bereits angesprochen und welche Realisierungsmöglichkeiten sind erkennbar?
- Welche Widerstände spüre ich beim Coachee und bei mir?
- Welches sind die vereinbarten Erfolgskriterien?

Verhalten des Coach im Coaching

- Der Coach nimmt eine offene, interessierte und zugewandte Körperhaltung ein.
- Der Coach hält während des Gespräches Blickkontakt.
- Der Coach signalisiert zum Beispiel durch Kopfnicken oder eine Handbewegung Zustimmung.
- Der Coach achtet außerdem auf nonverbale Signale bei sich selbst und dem Coachee.
- Der Coach spricht Abweichungen von verbalen zu nonverbalen Signalen beim Coachee an. (Vespermann)

Klaus de Jong
Rektor a. D.
Mitglied im VBE Hauptvorstand

Literatur
Brinkmann, R. D.: Mitarbeitercoaching. Der Vorgesetzte als Coach seiner Mitarbeiter, Arbeitsheft Führungspsychologie, Bd. 22. 2. Aufl. Heidelberg 1997.
Butzmann, B.: *Eignungs- und kompetenzspezifische Bedingungen und Erfolgsindikatoren von Führung durch Selbstführung, Koblenz 2011.*
Fischer-Epe, M.: *Coaching, Reinbek 2008*
Handow, O.: *Coaching in Leistungssport und Wirtschaft, München 2003.*
Hartmann, M.: *Coaching als Grundform pädagogischer Beratung, München 2004.*
Houghton, J. D.; Neck, C. P.: *The revised self-leadership questionnaire. Testing a hierarchical factor structure for selfleadership, Journal of Managerial Psychology, 7, S. 672–691, 2002).*
Klingen, P.: *Coaching – ein Ausbildungsinstrument in der Referendarausbildung, Wirtschaft und Erziehung 2/2005.*
Looss, W.: *Machen Sie eine Intervention oder sind Sie eine? Systemische und gestaltorientierte Annäherungen an das beraterische Handwerk. Profile 5/2003, S. 47–52.*
Miller, R.: *Selbstcoaching für Schulleitungen, Weinheim 2003.*
Müller, G. F.: *Die Kunst, sich selbst zu führen, Konzept, Strategie und Messung von Selbstführung, Personalführung, 37, S. 30–43 (2004).*
Müller, G. F.: *Mitarbeiterführung durch kompetente Selbstführung. Zeitschrift für Management, , 8–22 (2006).*
Müller, G. F.; Wiese, B. S.: *Selbstmanagement und Selbstführung bei der Arbeit, in: U. Kleinbeck & H. Schmidt (Hrsg.), Enzyklopädie für Psychologie, D, III, Bd. 1 Arbeitspsychologie 2010.*
Müller, G. F.; Georgianna, S.; Roux, G.: *Selfleadership and physical vitality. Psychological Reports, 2, 383–392 (2010).*
Müller, G. F.; Braun, W.: *Selbstführung, Bern 2009.*
Prussia, G. E.; Anderson, J. S.; Manz, C. C.: *Self-leadership and performance outcomes: The mediating influence of self-efficacy. Journal of Organisational Behavior, 19, 523–538, 1998.*
Rauen, C.: *Handbuch Coaching. Göttingen 2002.*
Ryba, G. u.a.: *Professionell coachen – konkret, Weinheim 2014.*
Schmitz, R.: *Neue Coaching-Methoden I: Das Modell des inneren Teams, Duisburg*
Schreyögg, A.: *Konfliktcoaching. Anleitung für den Coach. Frankfurt (2002).*
Tolhurst, J.: *Coaching und Mentoring für Lehrkräfte.*
Vespermann, S.: *Tandem-Coaching, Tübingen 2009.*
Vogelauer, W.: *Wie wird Coaching von den Kunden gesehen? In: Vogelauer, W. (Hrsg.): Coaching-Praxis. Führungskräfte professionell begleiten, beraten und unterstützen. Neuwied 1998*

Das WIRwerden-Programm zur verbesserten Integration von Schulkindern mit Fluchthintergrund

Zwei Jahre nachdem viele Hunderttausend Menschen nach Deutschland geflüchtet sind, stehen Schulen noch immer vor großen Herausforderungen, um die neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen zu integrieren. Dies berührt nicht nur Fragen ihrer schulischen Qualifizierung, sondern auch ihre soziale Einbindung in die Gleichaltrigengruppe oder die Stärkung ihrer Identifikation mit der Schule und dem Aufnahmeland. Wissenschaft und Politik stehen in der Verantwortung, Lösungsansätze bereitzustellen sowie Lehrpersonen und pädagogisches Fachpersonal in Bildungseinrichtungen dabei zu unterstützen, die neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen zu fördern.

In vielen Bundesländern war es bislang üblich, den Erstunterricht für Schülerinnen und Schüler mit Flucht- oder Zuwanderungshintergrund in speziellen Vorbereitungsklassen zu organisieren. Laut Angaben des zuständigen Kultusministeriums waren es in Baden-Württemberg im vergangenen Schuljahr rund 30.800 Schülerinnen und Schüler, die eine der insgesamt 1950 Vorbereitungsklassen an allgemeinbildenden Schulen besucht haben. Hier erlernen die Kinder zunächst die deutsche Sprache, bevor sie in eine reguläre Klasse – möglichst mit Lernenden gleichen Alters – wechseln können. Um den Integrationsprozess zu unterstützen, versuchen einige Schulen in Ganztags- oder erweiterten Betreuungsangeboten ergänzende Angebote zu implementieren, bei denen neu zugewanderte Kinder eine zusätzliche Sprachförderung erhalten oder gemeinschaftlich mit anderen Kindern an thematisch unterschiedlichen Arbeitsgemeinschaften teilnehmen.

In den vergangenen Monaten haben wir mit unserem Team vom Arbeitsbereich Schul- und Unterrichtsforschung an der Freien Universität Berlin ein Programm erprobt, mit dem wir Schulen in ihren Zielsetzungen, neu zugewanderte Kinder erfolgreich in die Regelklassen zu integrieren, unterstützen möchten. Das von der Robert-Bosch-Stiftung geförderte Programm WIRwerden ist ein fakultatives, außercurriculares Bildungsangebot, das wir auf der Grundlage sozialpsychologischer Erkenntnisse und wissenschaftlich bewährter Methoden entwickelt haben. Das Programm ist inhaltlich und sprachlich auf die besondere Situation geflüchteter Kinder im Alter von circa 12 Jahren angepasst und handlungsorientiert konzipiert.

Zugehörigkeitsgefühl stärken

Hauptziel von WIRwerden ist es, die betroffenen Kinder in ihrem Zugehörigkeitsgefühl zur Schule zu stärken und ihre soziale Integration in die reguläre Schulklasse zu unterstützen. Ausgehend von einem Verständnis, dass Integration kein einseitiger Prozess ist, sondern vielmehr gegenseitiges Aufeinanderzugehen verlangt, wird in dem Programm die Bedeutung der Gleichaltrigen für einen erfolgreichen Integrationsprozess hervorgehoben. Entsprechend besteht ein Kernelement von WIRwerden darin, dass jedes teilnehmende neu zugewanderte Kind mit einem in Deutschland aufgewachsenen gleichaltrigen Kind in einem Tandem zusammengebracht wird. Durch die Tandembildung soll für die Kinder betont werden, dass sie sich „auf Augenhöhe“ begegnen, obwohl sich jeweils eines der Kinder von seinen sprachlichen Voraussetzungen her besonderen Herausforderungen gegenübersieht. Im besten Falle soll die anfänglich von außen arrangierte Verbindung als Modell für zukünftige Beziehungen und Freundschaften dienen.

Ein Neubeginn, wie der Start an einer neuen Schule, ist für alle Kinder aufregend, doch für geflüchtete Kinder häufig mit zusätzlichen Unsicherheiten verbunden. „Werde ich den schulischen Anforderungen entsprechen können?“, „Wird mich die Lehrerin verstehen?“, „Was denken die anderen Kinder über mich und werden sie mich akzeptieren?“ sind nur einige der Fragen, die geflüchtete oder neu zugewanderte Kinder beschäftigen können. Aus der Forschung wissen wir, dass Mitglieder sozial benachteiligter oder zahlenmäßig unterrepräsentierter Gruppen häufiger verunsichert darüber sind, ob sie zu einem bestimmten Kontext (z. B. Schulklasse) dazugehören.

Negative oder mehrdeutige Erfahrungen interpretieren sie in der Folge eher als Beleg dafür, dass sie nicht Teil des Kontextes sind, zu dem sie eigentlich gehören möchten. Beim Spiel auf dem Pausenhof nicht einbezogen zu werden, ein mehrdeutiger Kommentar oder ein negatives Leistungsfeedback von der Lehrkraft sind Beispiele solcher Ereignisse, die Unsicherheitserleben auslösen oder zur Besorgnis veranlassen können, etwaige über die eigene soziale Gruppe bestehende negative Vorurteile selbst zu bestätigen. Wie viele Forschungsarbeiten zeigen, führen solche belastenden Gedanken häufig auch tatsächlich zu negativen Konsequenzen im Leistungs- und Sozialverhalten, weil Kin-

der ihre Anstrengungen für die Schule reduzieren oder weniger positiv auf andere Kinder zugehen.

Kindgerechte Thematisierung

Im WIRwerden-Programm werden solche Unsicherheiten in Situationen des Neuanfangs auf kindgerechte Art thematisiert. Dazu lernen die Teilnehmenden beispielsweise die Geschichten anderer Kinder kennen, die aufgrund von Flucht oder eines Umzugs in eine andere Stadt ganz ähnliche Gedanken und Gefühle erlebt haben und darüber berichten, wie sie diese überwunden haben. Die am Programm teilnehmenden Mädchen und Jungen erfahren auf diese Weise, dass Schwierigkeiten und Unsicherheiten bei einem Neubeginn ganz normal sind, jedoch mit der Zeit sehr wahrscheinlich vergehen oder nicht mehr irritieren. Im weiteren Verlauf formulieren die Teilnehmenden dann für zukünftig an ihre Schule kommende Kinder Tipps, wie man mit den täglichen Herausforderungen der Schule umgehen kann. Mit dieser Aufgabe versetzen wir die Kinder bewusst in die Rolle von Ratgebenden; hier sind sie also ausdrücklich nicht die Empfänger von Hilfe anderer. Dadurch, dass die Kinder Tipps für andere Kinder formulieren, wird auch begünstigt, dass sie sich an das Gesagte später wieder erinnern, sollten sie erneut Zweifel oder Verunsicherung erleben.

In insgesamt neun Sitzungen bietet das WIRwerden-Programm bis zu zwölf Kindern (4–6 Tandems) solche und andere Anregungen, sich im Tandem oder in der Großgruppe auszutauschen und miteinander zu interagieren. Angeleitet werden die Kinder in den Sitzungen jeweils von zwei Coaches, einem Team aus Lehramtsstudierenden und Studierenden der Erziehungswissenschaft oder Psychologie, die in einem zweitägigen Training für diese Aufgabe geschult wurden. Die Sitzungen sind als „Mutmacher" gedacht und schaffen Anlässe, für bestimmte Zusammenhänge zu sensibilisieren und Lösungsstrategien zu entwickeln. So geht es in einer Sitzung um Übungen zur Wahrnehmung von Emotionen bei sich und anderen, bei der die Kinder den Zusammenhang zwischen Körperhaltung und emotionaler Verfassung am eigenen Leib erfahren. In einer anderen Sitzung sollen die Kinder Bilder visualisieren, wie sie im Erwachsenenalter einmal sein wollen. Gemeinsam mit dem Tandemkind überwinden sie dann ganz spielerisch Hindernisse, die sich auftun können. Das kann beispielsweise die Erfahrung sein, dass bestimmte normative Vorstellungen sich zwischen Aufnahmekultur und ihrer Herkunftskultur unterscheiden. In einer Sitzung wird dieses Thema anhand von Geschlechterrollen diskutiert: Dürfen Frauen und Männer gleichermaßen sämtliche Berufe ergreifen und sich frei entscheiden, ob sie eine Familie gründen wollen?

Wissenschaftliche Evaluierung

Das WIRwerden-Programm, an dem seit November 2016 insgesamt acht Berliner Schulen und somit insgesamt 83 Kinder teilgenommen haben, wird durch unser Team nicht nur durchgeführt, sondern auch hinsichtlich seiner Qualität und Wirkung wissenschaftlich evaluiert. Ein wichtiges Ziel der Evaluation ist es, Inhalte und Materialien der Sitzungen anhand der Rückmeldungen der teilnehmenden Kinder und Coaches weiter zu verbessern und für den Einsatz an zukünftigen Schulen anzupassen. Ein weiteres Ziel der wissenschaftlichen Begleitung ist es, durch den Vergleich mit Kindern aus Schulklassen, die nicht an unserem Programm teilgenommen haben, herauszufinden, ob die soziale und sprachliche Integration der neu zugewanderten Kinder tatsächlich verbessert werden konnte. Erste Einblicke in die Ergebnisse liefern Hinweise dafür, dass die WIRwerden-Sitzungen für die besondere Zielgruppe abwechslungsreich und kindgerecht gestaltet und vom Sprachniveau angemessen umgesetzt wurden. So berichteten die geflüchteten Kinder wie auch die in Deutschland aufgewachsenen Tandemkinder, dass ihnen die Sitzungsinhalte Freude bereiten und dass sie sich in der Gesamtgruppe wohlfühlen. Einig waren sich die Kinder auch darin, dass Aufgabenstellungen von den Coaches gut erklärt worden sind und sie die Sitzungsinhalte gut verstanden haben. Die Auswertung der Ergebnisse betreffend die Auswirkungen der Programmteilnahme auf die Integration der Kinder steht derzeit noch aus.

Bei unserem Versuch, das WIRwerden-Programm an Berliner Schulen bekannt zu machen, trafen wir überwiegend auf sehr engagierte Lehrkräfte und Schulleitungen, die unsere Programmidee überzeugend und sinnvoll fanden. Trotz der großen Befürwortung konnte das Programm an einigen Schulen dennoch nicht umgesetzt werden. Waren es in einigen Fällen ungünstige Rahmenbedingungen (z. B. fehlendes sozialpädagogisches Betreuungspersonal, hohe Fluktuation der Zielgruppe), überwogen in anderen Fällen auch Ablehnung oder Bedenken gegenüber der wissenschaftlichen Begleitforschung. Soll ein neu entwickeltes Programm nachhaltige Impulse für die Praxis erbringen, ist es unerlässlich, Informationen zu generieren, auf deren Grundlage seine Wirksamkeit beurteilt werden kann. Dabei ist ohne Frage, dass wissenschaftliche Begleitforschung so geplant werden sollte, dass die Bedürfnisse aller Beteiligten berücksichtigt und die Belastungen im Schulbetrieb so gering wie möglich gehalten werden. Gerade da sich Lehrpersonen häufig nur unzureichend auf den Umgang mit kultureller Heterogenität im Klassenzimmer vorbereitet fühlen, sollten durch eine intensivierte Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis erfolgreiche Lösungsansätze erarbeitet werden; im Interesse der Schülerinnen und Schüler.

Madeleine Kreutzmann
und Co-Autorinnen: Laura Trölenberg, Lysann Zander, Bettina Hannover; Freie Universität Berlin

Luftschlösser

Der Lehrerberuf macht Spaß, unbestritten und unbestreitbar. Kein Gehalt, keine Dankesurkunde, keine sowieso zu geringe Jubiläumsgabe können ein Schülerlächeln, ein freundliches „Guten Morgen“ auf dem Schulhof, eine anerkennende Schülergeste ersetzen. Das ist unser Beruf, deshalb haben wir Pädagogik studiert und deshalb wohnt unserem Wesen in der Regel unerschütterlicher Optimismus inne. Lehren, Lernen und Schülercoachen könnten also richtig schön sein, wenn ...

Nein, ich schimpfe hier nicht auf die Verwaltung, die ja auch nur die Mängel verteilen kann, die die Politik erzeugt. Und die Verwaltung wurde in den letzten Jahren ausgeblutet. Stellen wurden abgebaut. Die Erreichbarkeit an den Telefonen ist teilweise erschreckend.

Nein, ich schimpfe hier nicht auf die Eltern. Der Mehrzahl von ihnen sind ihre Kinder nicht egal, sie kümmern sich darum, was in der Schule gerade gelernt wird. Sie wollen wissen, wie es dem Kind ergangen ist. Sie freuen sich mit ihm über gute Noten und trösten das Kind, wenn es einmal nicht so gut lief.

Ja, ich habe Probleme mit den Politikern, vor allem mit jenen, die mit aller Kraft ideologische Ziele vorgeben, die niemals zu erreichen sind, weil die Rahmenbedingungen dafür einfach nicht geschaffen wurden. Das Ergebnis solchen Treibens ist, dass Lehrkräfte glauben, dass das, was in Bildungsplänen vorgegeben wird, auch unbedingt umgesetzt werden muss, auch wenn es mit gesundem Menschenverstand gar nicht realisiert werden kann.

Luftschloss Nr. 1: die Inklusion

Das größte zu erbauende Luftschloss ist zweifelsohne die schulische Inklusion. Die UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 wurde im Jahre 2009 von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert, sie ist bis jetzt nicht einmal den Kinderschuhen entwachsen. Ja, ich behaupte: Sie hat noch nicht einmal Schuhe an. In den meisten Fällen, wo von Inklusion geredet wird, hat sie noch nicht einmal begonnen. Wenn ich mich zu einer solchen Behauptung versteife, dann füge ich gleich hinzu: Außenklassen beispielsweise haben mit Inklusion wenig zu tun, allenfalls mit versuchter Integration, denn per Definition (siehe u. a. Wikipedia) ist Inklusion in der Schule der Einschluss von Betroffenen in den Klassenverband – das heißt, die Struktur passt sich den Verhältnissen an. Doch über diese Theorie hinaus erfordert Inklusion Rahmenbedingungen, die zu schaffen noch von keiner Regierung überhaupt angedacht worden ist. Italien rühmt sich, die Sonderschulen abgeschafft zu haben. Inklusionskinder werden in Regelklassen aufgefangen. Toll! In der Praxis sickert durch, dass die Kinder zwar in den Klassen sitzen und lernen könn(t)en, dass aber die erforderlichen Hilfestellungen über große Strecken ausbleiben.

Ja gut, so kann man auch inkludieren. In Deutschland ist es in vielen Teilen genau so, nur dass man sich – Gott sei’s gedankt – nicht rühmt, keine Sonderschulklassen zu haben. Im Gegenteil: Ich kenne mehr Eltern, die darüber froh sind, dass ihren Kindern in kleinen Klassen auf besondere Art geholfen werden kann, als solche wie die Mutter von Henri (Downsyndrom), die ihr Kind unbedingt aufs Gymnasium schicken wollte. Ich kenne auch viele verantwortungsbewusste Lehrkräfte, die unter Abschätzung aller Umstände die Eltern vom Besuch einer Sonderschule überzeugen können. Ich meine, in Anbetracht der noch zu keinem Zeitpunkt notwendigerweise geschaffenen Rahmenbedingungen ist dies nicht die schlechteste aller Lösungen. Es war in den Anfängen unzweifelhaft das Verdienst des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), dass das Wort „Kostenneutralität“ aus dem Grundwortschatz der Inklusionspolitiker und anderer „Interessensvertretungen“ der Lehrkräfte verschwand. Es ist das Verdienst des VBE, die erforderlichen Rahmenbedingungen immer wieder auf die politischen Tagesordnungen zu setzen. Auch wird der VBE nicht müde, eine ständige Zweitkraft im inklusiven Unterricht zu fordern. Und was man heute angesichts sprudelnder Steuereinnahmen auch wieder sagen darf: Inklusionsunterricht so durchzuführen, wie Realisten glauben, dass er funktionieren kann, kostet nicht nur eine halbe Million Einsatz (eine halbe Million Euro Finanzspritze für die Qualitätsoffensive Bildung war der höchste Sondereinsatz vor der Landtagswahl 2011, den es je gab, der aber nach der Wahl nicht mehr umgesetzt wurde). Nein: Inklusion kostet viele Millionen. Und wenn diese Millionen sinnvoll angelegt werden sollen, dann braucht es ausgebildete Personen, die diese Aufgaben auch meistern können. Wir haben beides nicht in erforderlichem Maße zur Verfügung, weder „ausgebildet“ noch „Personen“. Woher sollen diese auch kommen, wenn sich die Politik anmaßt, zeitgleich mit neuen visionären Programmen Stellen zu streichen? Mein Herz ist voll, der Mund könnte also überlaufen. Doch bevor dies geschieht, betrachten wir

Luftschloss Nr. 2: der individuelle Unterricht

Die CDU/FDP-Regierung hatte „damals“ (2010) mit der „Qualitätsoffensive Bildung“ zwar noch begonnen. Sichtbares Ergebnis bis heute sind die Klassenteiler, die in den Regelschulen bei 30, in der Grundschule und Gemeinschaftsschule bei 28 Schülerinnen und Schülern liegen. Zwar sollte selbiger noch weiter gesenkt werden, aber das hat die Folgeregierung aus Spargründen schnell einkassiert. Die Begründung war einleuchtend: Ob 31 oder 28 Schüler in der Klasse sitzen, ist für den Lernerfolg nicht maßgebend. Das kann ich gut nachvollziehen, gehe aber noch einen Schritt weiter. Von uns Lehrkräften wird indi-

Schaffen wir es, die Bildungsziele in den Schulen zu erreichen? – Oder schafft die Arbeit uns?

viduelle Unterricht gefordert. Soll der mit 30 Kindern/Jugendlichen in einer Klasse möglich sein? Soll er mit 28 ermöglicht werden? Nein! Vor uns sitzen keine Marionetten, die auf Kommando lernen oder ruhig sind. Vor uns sitzen (oder liegen oder stehen) Menschlein und Menschen mit all ihren guten, aber auch mit ihren gewöhnungsbedürftigen originellen Eigenheiten, ihren Stärken, ihren Schwächen, ihrem Individualismus. Alle wollen etwas von dir und du kannst versuchen, die auffälligsten Schwächen zu schwächen und die vorteilhaftesten Stärken zu stärken. Das war es aber dann auch schon. Weder ist die Lehrkraft ein Zauberer noch ein Alleinunterhalter. Hingegen ist der Unterricht ein Bedingungsgefüge, in dem im Jahr 2017 eben nicht nur Unterricht stattfindet. Soll heißen: unsere Klassen sind für individuellen Unterricht zu groß. Der VBE hat als Beschlusslage die Zahl „22" als Klassenteiler für Regelklassen angesetzt und arbeitet in politischen Gesprächen auf die Umsetzung hin. Das wäre schon allein deshalb realistischer, weil „22" ja nur die Obergrenze zum Teilen einer Klasse wäre. Das würde Lehrkräften den notwendigen Freiraum geben, individuellen Unterricht stärker zu pflegen, als es jetzt überhaupt möglich ist. Wünschen wir unserer Verbandsspitze unseres Spitzenverbandes die nötige Durchschlagskraft, obwohl wir die Politik schon wieder hören: „Das können wir nicht bezahlen!" Na immerhin: Bezahlen können sie es nicht, aber von uns Lehrkräften fordern schon!

Luftschloss Nr. 3: die Wahlversprechen

Es ist ja nun auf wenigen Ebenen sichtbar geworden, dass das sogenannte Kooperationsverbot aufgeweicht wird. Damit darf der Bund auch – jetzt noch in begrenztem Umfang – Geld für die Bildungsausgaben der Länder ausgeben. Es ist deshalb interessant, auf die Versprechungen der Parteien im Bildungsbereich zu sehen. Vor allem ist auch abzuklopfen, ob Konkretes versprochen wird oder ob sich Aussagen in Allgemeinplätzen ergießen. Genauso wichtig ist es, festzustellen, ob der Bund überhaupt zuständig ist, denn Schule ist zum größten Teil Angelegenheit der Länder. Im Verbund mit den Kommunen (Gebäude, Ausstattung) sind sie für das meiste zuständig. Da muss man dann schon genau hinschauen, ob eine propagierte Investition rechtlich überhaupt zulässig ist. Um es gerecht zu beurteilen, sollten Sie die Wahlprogramme im Internet studieren. Es wäre ja geradezu sträflich, würden die Bundesparteien das Thema „Bildung" nicht ansprechen. Es gibt darunter aber auch solche, bei denen man meinen könnte, ab morgen machte der Bund die Bildungspolitik und nicht mehr das Land. Das wird allerdings auch übermorgen nicht der Fall sein.

Auf jeden Fall sollte man auf Fakten schauen, die unabdingbar sind: Bildung kostet Geld, sehr viel Geld. Deshalb nützen allein die Versprechungen zu besserer Bildung gar nichts. Es muss zwangsläufig immer dabeistehen, was der jeweiligen Partei die entsprechend propagierte Verbesserung wert ist. Auf 34 Milliarden (!) Euro wird der Sanierungsstau bei maroden Schulhäusern geschätzt. Dafür sind aber in erster Linie die Kommunen zuständig, der Bund bezuschusst allenfalls. Einen ähnlichen Betrag würde die Sanierung der Hochschulen verschlingen.

Martin Schulz ließ im Wahlkampf verlauten, dass er die deutschen Bildungsausgaben auf den Schnitt der OECD-Länder anheben will. Das wäre als erster Schritt richtig und erfordert die investive Kleinigkeit von 12 Milliarden Euro. Die FDP toppt das noch leicht und möchte Deutschland gar in das OECD-Spitzenquintett einreihen. Schätzungsweise würde dies ein deutlich Mehrfaches an milliardenschweren Investitionen erfordern.

Man sieht: Nach oben sind keine Grenzen gesetzt. Da bleibt die VBE-Forderung nach der besten Schulreform vergleichsweise sehr bescheiden: kleinere Klassen, geringere Deputate für Lehrkräfte und höhere Anrechnungen für besondere Belastungen. Ich bin mir sicher: damit könnte man doch mal anfangen, oder?

Der Autor Josef Klein ist Mitglied im VBE-Landesvorstand Baden-Württemberg.
Ein Dank gebührt Susanne Preget für das Zeichnen der Karikatur.

Rückstellungen für künftige Pensionszahlungen in Baden-Württemberg wachsen

Sind Pensionäre eine Last?

Wer wird schon gerne als eine Last bezeichnet? Ich jedenfalls kenne niemanden. Davon sprechen aber gerne sowohl die Presse wie auch einige Experten, wenn es um die Pensionen von Beamtinnen und Beamten geht. Oft gleich gefolgt von dem Stereotyp, dass diese ja nichts für ihre eigenen Pensionen beitragen würden. Weit gefehlt! Das Land Baden-Württemberg allein verfügt über Rücklagen für die Beamtenpensionen in Höhe von etwa 3,5 Mrd. Euro. Davon sind circa 2 Mrd. Euro in einem Fonds angelegt. Doch woher stammt dieses Geld?

Jährliche Pensionsausgaben des Landes

Fakt ist, dass das Land derzeit rund 4,9 Mrd. Euro für die Pensionäre und Hinterbliebenen pro Jahr ausgibt. Das sind rund 10 % der Gesamtausgaben des Landeshaushaltes. In den nächsten Jahren wird die Anzahl der Pensionäre noch steigen, die Zeit des höchsten Anstieges ist aber längst schon vorbei.

1999 beschlossen: 0,2 % von jeder Besoldungserhöhung

Bei diesen Zahlen ist klar, dass das Land gut beraten ist, rechtzeitig für die treu geleisteten Dienste – so steht es auf jeder Pensionierungsurkunde – der Pensionäre zu sorgen. Das macht das Land auch bereits seit 1999. Damals hatte die schwarz-gelbe Landesregierung beschlossen, eine Rücklage für die abzusehenden Zahlungen zu bilden. Diese stammt jedoch nicht aus dem Haushalt, sondern von den Beamtinnen und Beamten selbst. Seit diesem Beschluss werden nämlich 0,2% von jeder Besoldungserhöhung (übrigens auch von den Versorgungsbezügen) in einen Fonds abgeführt. Dieser Betrag hat sich inzwischen auf stattliche 3,5 Mrd. Euro angesammelt. Dieser Fonds könnte ca. 16 % der Pensionen künftig abdecken. Das Geld stünde ab 2018 zur Verfügung, dann läuft der Vertrag zu dieser sogenannten Versorgungsrücklage aus.

Land legt monatlich 500 Euro für jede Neueingestellte / jeden Neueingestellten zurück

Zusätzlich zu dem Geld der Beamtinnen und Beamten hat das Land unter Ministerpräsident Oettinger 2009 beschlossen, auch selbst etwas zu tun. Für jeden neu eingestellten Beamten und jede neu eingestellte Beamtin legt das Land einen Betrag von 500 Euro monatlich zurück. Der Bund übrigens legt fast doppelt so viel für die Neueinstellungen zurück, um eine Volldeckung der Pensionszahlungen zu erreichen. Es dem Bund gleichzutun, fordert nicht nur der bbw (Beamtenbund Baden-Württemberg), sondern auch der Landesrechnungshof.

In beiden Rückstellungstöpfen: 8,8 Mrd. Euro

Ab 2020 könnte dann erstmals Geld aus dem Pensionsfonds entnommen werden, um dies dem Haushalt des Landes zuzuführen. Das Geld aus diesen beiden Finanztöpfen zusammen würde rund 8,8 Mrd. Euro betragen, die dann aufgrund der größer gewordenen Zahl von Pensionären zur Deckung der Beamtenpensionen ausgleichend zur Verfügung stünden.

VBE warnt das Land vor Absenkung der Pensionsansprüche

Mit einer weiteren Absenkung der Pensionen oder einer weiteren Verschlechterung der Beihilfe wäre das Land übrigens schlecht beraten. Denn die Pensionen und auch die Heil- und Krankenfürsorge sind gewichtige Argumente in der Nachwuchsgewinnung des öffentlichen Dienstes. Wie schwierig es ist, gute und geeignete Nachwuchskräfte zu finden, erleben wir derzeit schon in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. In besonders eklatanter Weise im Bereich der Schulen. Dort werden seit geraumer Zeit immer mehr Lehrerstellen mit sogenannten Nichterfüllern (ohne abgeschlossenes Lehramtsstudium) besetzt. Eigentlich ein Skandal! Oder würden Sie etwa gerne von einem Metzger operiert werden, nur weil es schwer ist, einen Arzt zu finden?

Dirk Lederle
VBE-Referat
Recht und Besoldung

VBE www.vbe-bw.de

Landesjugendausschuss und Sommerfest – Führungswechsel in der bbw-jugend

Der bisherige Landesjugendleiter, Daniel von der Ohe, gab beim diesjährigen Landesjugendausschuss (LJA) im Juli in Stuttgart seinen Rücktritt bekannt. Über drei Jahre hatte dieser sein Amt inne, welches er nun aus persönlichen Gründen niederlegte. Die Wahl der neuen Landesjugendleiterin fiel auf die bisherige stellvertretende Vorsitzende Sina Strauß.

Sina lebt und arbeitet in Stuttgart. Ihrer beruflichen Leidenschaft geht sie in der EDV beim Finanzamt nach. Somit ist ihre Fachgewerkschaft die DSTG. Nach dem Motto „Gemeinsam stark" nimmt sie die neue Führungsrolle an. Eine gute Zusammenarbeit mit der Landesjugendleitung, der Leitung des bbw, den Fachverbänden, der dbb jugend Bund sowie der Beamtenbundjugend Rheinland-Pfalz, Bayern und Hessen liegen Sina Strauß besonders am Herzen. Dies schafft Vertrauen für eine erfolgreiche gemeinsame gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Zu Beginn des Ausschusses informierte Daniel von der Ohe die Mitglieder über seine besuchten Veranstaltungen und Entwicklungen innerhalb des bbw. Im Anschluss referierte Daniel Jungwirth, stellvertretender Vorsitzender, über sein Projekt zum Thema „Gewalt gegen Beschäftige im öffentlichen Dienst". Im Herbst plant er hierzu eine ausführliche Befragung. Einen Überblick über den Haushalt der bbw jugend erhielten die LJA-Teilnehmer durch Schatzmeisterin Laura Wittmer. Im Anschluss erläuterten Christoph Strehle (stellv. Vorsitzender der dbb jugend Bund) und Lena Oelschlegel (Vorsitzende Beamtenbund-Jugend Bayern) einzelne Aufgabenbereiche ihrer Gewerkschaft. In der gemeinsamen Runde, in der alle Fachgewerkschaften von ihren momentanen Projekten erzählten, erläuterte der stellvertretende Vorsitzende Jörg Sobora abschließend neue Konzepte der Lehrergewinnung.

Nach der Arbeit folgte das Vergnügen – beim bbw-jugend Sommerfest. Dort begrüßte die neue Landesjugendleiterin Sina Strauß die Gäste, bevor sie das Wort an bbw-Chef Volker Stich übergab. Dieser berichtete aus der Arbeit des bbw, gratulierte Sina Strauß zu ihrer Wahl und dankte Daniel von der Ohe für seine Arbeit.

Falls ihr Interesse habt, uns bei der Junglehrervertretung zu unterstützen, oder weitere Informationen benötigt, wendet euch an:

Mira Brühmüller

Mira.Brühmüller@vbe-bw.de

Eisaktion an der Pädagogischen Hochschule Freiburg

Bei strahlendem Sonnenschein veranstalteten der Junge VBE und sein Kooperationspartner, die Deutsche Beamtenversicherung (DBV – vertreten durch Andreas Rübsam), an der Pädagogischen Hochschule eine Eisaktion für seine studentischen Mitglieder. Viele Studierende folgten der Einladung und freuten sich über die willkommene Abkühlung. Der Informationsstand bot zudem die Möglichkeit, sich mit Praxis- und Studienhelfern einzudecken.

Ein herzliches Dankeschön für die Unterstützung geht an Andreas Rübsam (DBV) und das Eiscafé „La Gondola" sowie Dorothea Faßbinder-Eichhorn, Sabine Loskant und Alexandra Rempe. *Studentengruppe Freiburg*

Der VBE widerspricht den Aussagen der behindertenpolitischen Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion

Die behindertenpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Corinna Rüffer, hat sich in einem Beitrag für die Frankfurter Rundschau zum Thema Inklusion geäußert. Der VBE Baden-Württemberg hat die Aussagen von Frau Rüffer mit Interesse verfolgt. Nicht alle Aussagen können – aus Sicht des VBE BW – unwidersprochen stehen gelassen werden. Der VBE spricht sich nicht grundlegend gegen Inklusion aus. Der VBE fordert entschieden das Elternwahlrecht und den Erhalt der sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ), damit die Qualität der Förderung erhalten und das Wahlrecht der Eltern berücksichtigt werden kann.

Im Folgenden wird der VBE zu einzelnen Passagen Stellung nehmen, die er dem Artikel der behindertenpolitischen Sprecherin entnommen hat.

„Vor gut acht Jahren hat Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Das war keine unverbindliche Geste. Die Menschenrechtskonvention, die unter anderem ein inklusives Bildungssystem vorschreibt, ist seitdem geltendes Recht."
Der VBE merkt an: Die UN-Behindertenrechtskonvention schreibt kein inklusives Bildungssystem vor. Sie fordert in ihrer englischen Originalfassung, die zugleich geltendes Recht ist, den Zugang aller zur Bildung, was nicht mit einem inklusiven Bildungssystem, sondern mit einem integrativen Bildungssystem gleichzusetzen ist.

„Studien belegen, dass Kinder mit und ohne besonderen Förderbedarf gleichermaßen vom gemeinsamen Unterricht profitieren."
Der VBE merkt an: Es ist korrekt, dass einige Studien hier einen positiven Zusammenhang aufzeigen konnten. Es gibt demgegenüber aber auch Studien, die einen negativen Zusammenhang feststellen konnten. Unter den Bildungsforschern gibt es strittige Forschungsergebnisse, ob Kinder mit und ohne Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot vom gemeinsamen Unterricht profitieren oder nicht. Die Praxis zeigt, dass Kinder unterschiedliche Lernumgebungen und unterschiedliche Zugehenswege benötigen, um Lernerfolge haben zu können. Nicht für jedes Kind ist dasselbe gleich gut.

„An Förderschulen dagegen erreichen drei Viertel aller Kinder keinen regulären Schulabschluss. Sie finden deshalb keine Lehrstelle und keinen Job. Kein Wunder, dass der Weg von der Förderschule meist direkt in eine Behindertenwerkstatt führt – und dort verbleibt man ziemlich sicher bis zur Verrentung."
Der VBE verwehrt sich entschieden gegen diese Herabsetzung der Arbeit an SBBZ und an Behindertenwerkstätten. Beide leisten hervorragende Arbeit sowohl in der beruflichen Orientierung als auch bei der beruflichen Eingliederung von Schülerinnen und Schülern mit einem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot (SBA). Außerdem verwahrt sich der VBE gegen die Behauptung, dass drei Viertel aller Schülerinnen und Schüler an SBBZ keinen regulären Schulabschluss erreichen würden. 70 % der Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot haben den Förderschwerpunkt Lernen, emotionale Störungen und sprachliche Behinderung. Diese Schülerinnen und Schüler erreichen oftmals einen regulären Schulabschluss. Die Behauptung, dass drei Viertel der Kinder an SBBZ keinen regulären Schulabschluss erreichen, ist in dieser undifferenzierten Form eine Falschaussage.

„Beunruhigend ist, dass inzwischen Eltern und Lehrkräfte, die Inklusion für sinnvoll hielten, ins Zweifeln kommen und immer skeptischer werden. Ein Ausdruck dessen ist auch die im Mai 2017 veröffentlichte Langzeitdokumentation „Ich. Du. Inklusion" von Thomas Binn. Wer genau hinsieht, merkt schnell: Für Aussagen über Inklusion taugt der Film nicht."
Der VBE merkt an: Der VBE verwahrt sich auch gegen diese undifferenzierte Aussage. Der Film „Ich. Du.Inklusion", den der VBE unterstützt hat, zeigt, dass die derzeitigen schulischen Rahmenbedingungen alle Beteiligten, die Inklusion wie der VBE durchaus für sinnvoll halten, in Überforderungssituationen bringen, die sich nachteilig auswirken. Inklusion wird hierbei im Film nicht zum Sündenbock erklärt. Warum sich eine Dokumentation über eine inklusive Beschulung nicht für Aussagen über Inklusion eignen soll, ist dem VBE ein Rätsel.

„Schule braucht dringend vernünftige räumliche Bedingungen, kleinere Klassen und progressive pädagogische Ansätze, mehr Lehrerinnen und Lehrer, Sonderpädagoginnen und -pädagogen sowie Schulhelferinnen und -helfer. Nur dann können Kinder individuell betrachtet, unterstützt und gefördert werden."
Dieser Aussage kann der VBE Baden-Württemberg zu 100 % zustimmen.

„Ein gutes inklusives Schulsystem gibt es nicht zum Nulltarif. Wir können es nur erreichen, wenn die vorhandenen Mittel und die sonderpädagogische Förderung konsequent an die Regelschulen umgeschichtet werden. Solange sich die Politik vor dieser Entscheidung drückt, wird es nicht funktionieren."
Der VBE weist in diesem Zusammenhang auf die Aussage der baden-württembergischen Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann hin (Reutlinger Generalanzeiger vom 27.07.2017): 75 % der Eltern in Baden-Württem-

berg entscheiden sich für die Beschulung ihres Kindes mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot an einem SBBZ. Genaue Zahlen der anderen Bundesländer liegen dem VBE BW im Moment nicht vor, aber auch in anderen Bundesländern zeigen die Eltern deutlich, dass sie inklusive Beschulung unter den vorhandenen Bedingungen skeptisch sehen und deswegen häufig ablehnen. Der VBE fragt sich, ob die behindertenpolitische Sprecherin das Elternwahlrecht außer Acht lassen möchte, wenn sie der Ansicht ist, dass man ein gutes inklusives Schulsystem nur erreichen kann, wenn die vorhandenen Mittel und die sonderpädagogische Förderung konsequent an die Regelschulen umgeschichtet werden.Der VBE merkt an, dass ohne SBBZ die Schullandschaft deutlich an Qualität verlieren würde. Es ist Fakt, dass es Kinder gibt, die Sonderwege benötigen.

Uschi Mittag
VBE-Referat
Sonderpädagogik

Der Teufel steckt im Detail

In unserem letzten Magazin, Ausgabe 7/8, haben wir auf den Seiten 6 und 7 über die Landespressekonferenz des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Baden-Württemberg berichtet. Im Artikel hatten wir unter anderem geschrieben, dass sich 57 Prozent der Lehrkräfte in Baden-Württemberg trotz der schlechten Bedingungen nach wie vor für den gemeinsamen Unterricht aussprechen. Das ist nicht vollständig korrekt.

Korrekterweise muss dieser Satz lauten:

„Lehrerinnen und Lehrer wurden dabei zur Umsetzung der Inklusion befragt: 57 % der Lehrkräfte befürworten Inklusion unter der Bedingung, dass die notwendige finanzielle und personelle Ausstattung der Schulen für einen inklusiven Unterricht sichergestellt ist. Diese Bedingungen, zu denen unter anderem die Doppelbesetzung in Inklusionsklassen gehört, sind leider keineswegs sichergestellt."

Wir entschuldigen uns für diese Ungenauigkeit.

Zu ergänzen ist auch noch, dass neben Kindern mit emotional-sozialen Entwicklungsstörungen auch andere Schülerinnen und Schüler eine große Herausforderung im inklusiven Unterricht darstellen. Neben den erwähnten Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung schätzen Lehrkräfte auch bei anderen Förderschwerpunkten den Förderbedarf als sehr hoch ein:

- 88 % der Lehrkräfte schätzen den Förderbedarf von Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt emotional-soziale Entwicklung als sehr hoch ein.
- 85 % der Lehrkräfte schätzen den Förderbedarf bei Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt Lernen als sehr hoch ein.
- 76 % der Lehrkräfte schätzen den Förderbedarf beim Förderschwerpunkt geistige Entwicklung als sehr hoch ein.

Schülerinnen und Schüler mit hohem Förderbedarf sind auf eine intensive, gute Beziehung zur Lehrkraft, auf angemessene sonderpädagogische Bildung und auf sehr viel Unterstützung im Unterricht angewiesen. Zumindest im Moment ist dies in inklusiven Settings aufgrund unzureichender Rahmenbedingungen häufig nicht möglich. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um die erwähnten Gruppen der Schülerinnen und Schüler.

Aus der VBE Schriftenreihe

Praxistipps

Für Lehrkräfte gut zu wissen: Lehrergesundheit

Verschiedene Studien belegen es immer wieder schwarz auf weiß – der Lehrerberuf ist in der heutigen Zeit ein Beruf mit höchsten, vor allem psychischen Belastungen. Lehrkräfte müssen im Vergleich mit anderen Berufsgruppen überdurchschnittlich häufig ihr aktives Arbeitsleben im Burn-out beenden. Jedes Jahr gehen in Deutschland viele Lehrkräfte aus gesundheitlichen Gründen früher in den Ruhestand. Nur ein Teil schafft es bis zum regulären Pensionsalter. Mit dieser Broschüre möchte Sie der VBE bereits präventiv unterstützen.

A5-Querformat, 32 Seiten, 3,00 € für VBE-Mitglieder

Jetzt bestellen beim VBE Wirtschaftsservice:
www.vbe-wirtschaftsservice.de

Stellungnahme zu Äußerungen von MdB Corinna Rüffer, der behindertenpolitischen Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, von Sandra Boser, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Grüne im Landtag BW

In der Debatte um die Inklusion im Schulsystem stehen das Wohl und die individuelle Entwicklung jedes einzelnen Kindes für uns im Fokus. Um dieser Individualität entsprechen zu können, setzt Baden-Württemberg auf die Wahlfreiheit der Eltern und ein durchlässiges Schulsystem. Dazu zählen die SBBZ genauso wie ein inklusives Regelschulangebot. Einer Auflösung der Förderschulen, wie von der Bundestagsabgeordneten Corinna Rüffers angeregt, erteilen wir deshalb eine klare Absage.

Eine Forsa-Umfrage unter 500 Lehrern in Baden-Württemberg bestätigt unseren eingeschlagenen Weg. Viele Lehrer begrüßten darin auch die Inklusion an Regelschulen, da hier Toleranz und soziale Kompetenzen gefördert werden und Kinder gegenseitig voneinander lernen könnten. Diese Entwicklung möchten wir weiter unterstützen.

Klar ist aber auch: Inklusion ist ein langfristig angelegter, gesamtgesellschaftlicher Prozess. Ich teile die Auffassung von Corinna Rüffer, dass es ein gutes inklusives Schulsystem nicht zum Nulltarif gibt. Damit Inklusion erfolgreich umgesetzt werden kann, braucht es gute Rahmenbedingungen und Unterstützung für Lehrerinnen und Lehrer.

Aus diesem Grund stellt die grüngeführte Landesregierung für die Umsetzung der schulischen Inklusion bis zum Schuljahr 2022 insgesamt 1350 zusätzliche neue Lehrerstellen bereit. Gleichwohl gibt es zunehmend Schwierigkeiten, diese Stellen mit Sonderpädagogen zu besetzen, weil schlichtweg Lehrer fehlen. Wir brauchen aber dringend qualifiziertes Personal, welches die Inklusion in den Schulen umsetzt. Deshalb wurden die pädagogischen Hochschulen gestärkt und das Fach Sonderpädagogik ausgeweitet. Zudem soll in den Qualifizierungsmaßnahmen der Haupt- und Werkrealschullehrer ein Schwerpunkt die sonderpädagogische Qualifizierung darstellen.

Mit dem kommunalen Sanierungsfonds statten wir die Kommunen als Schulträger in den nächsten Jahren mit den notwendigen Mitteln aus, um beim barrierefreien Ausbau der Schulen voranzukommen. Das Land gibt im kommenden Jahr 106 Millionen Euro in den kommunalen Sanierungstopf. Im Jahr 2019 sind es 134 Millionen Euro. Das Geld geht zu 80 Prozent in die Sanierung von Schulen. Auch die neue Schulbauförderrichtlinie von 2015 geht auf den veränderten Bedarf der Inklusion ein: Es gibt Zuschläge für Inklusion, zum Beispiel bei Umbaumaßnahmen, sowie Förderungen für zusätzlichen Flächenbedarf.

Damit Schulen den Schritt zur inklusiven Schule leichter vollziehen können, steuert die Schulverwaltung einen Entwicklungsprozess, den wir

Sandra Boser, Fraktion Grüne im Landtag Baden-Württemberg

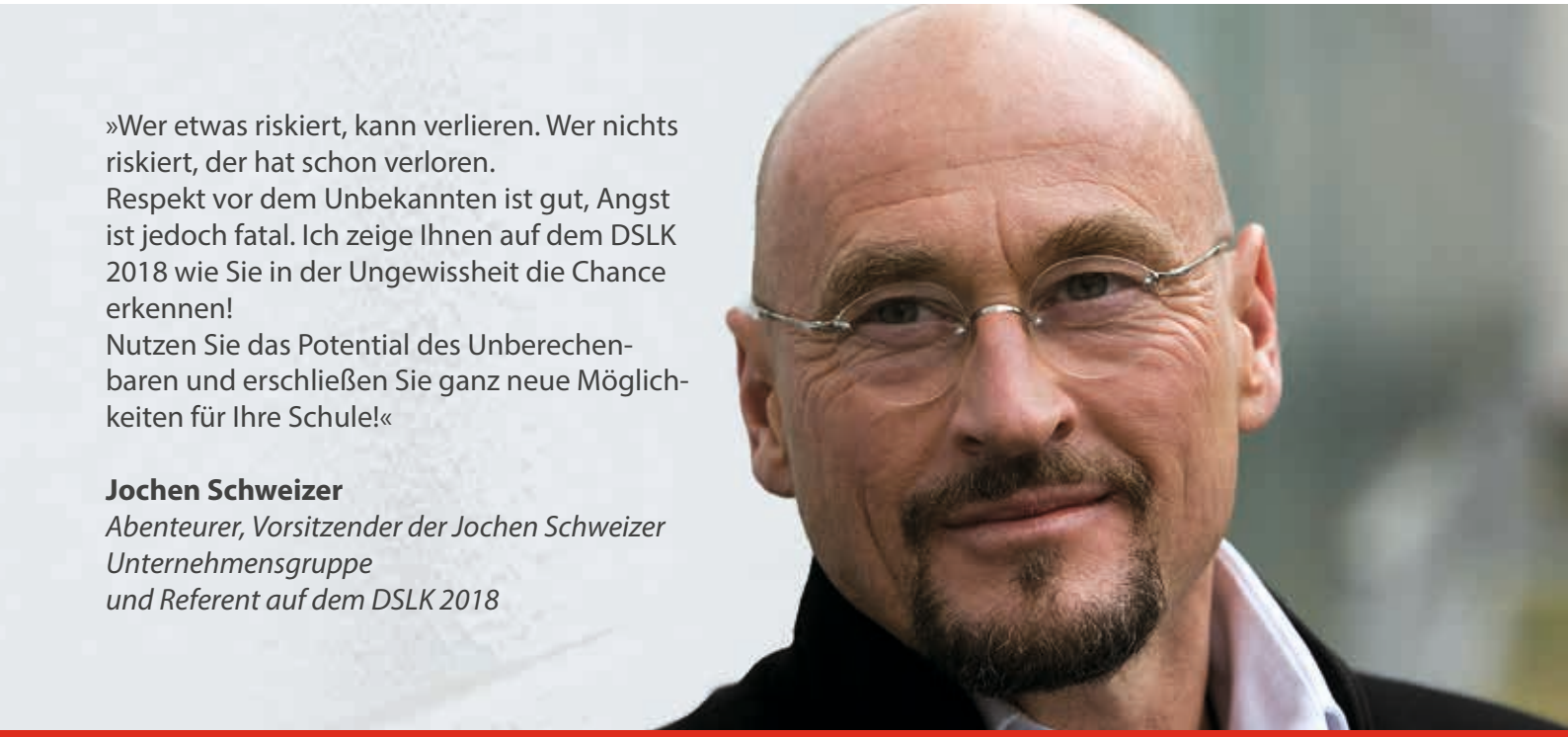
mit weiteren, zusätzlichen Lehrerstellen unterstützen werden. Die Staatlichen Schulämter sind hier auf dem richtigen Weg und leisten gute Arbeit bei der Beratung. Diese Beratung soll die Eltern bei der Entscheidung unterstützen, das richtige Angebot für ihr Kind zu finden. Ein differenziertes Angebot wie Baden-Württemberg es offen hält braucht dies, um eine gute Orientierung zu bieten. Nur so werden die unterschiedlichen Chancen unseres Systems auch wirken können. Am Ende muss jedes Kind die besten Möglichkeiten auf ein selbstbestimmtes Leben erhalten – dafür werden wir uns weiterhin einsetzen. Diese Chancen enden nicht mit der Schulzeit, sondern gehen beim Übergang in Ausbildung und Beruf weiter.

DSLK

Düsseldorf | 08.–10. März

2018

Erfolgreiche Schulleitung mit Mut zum Risiko



»Wer etwas riskiert, kann verlieren. Wer nichts riskiert, der hat schon verloren.
Respekt vor dem Unbekannten ist gut, Angst ist jedoch fatal. Ich zeige Ihnen auf dem DSLK 2018 wie Sie in der Ungewissheit die Chance erkennen!
Nutzen Sie das Potential des Unberechenbaren und erschließen Sie ganz neue Möglichkeiten für Ihre Schule!«

Jochen Schweizer
Abenteurer, Vorsitzender der Jochen Schweizer Unternehmensgruppe
und Referent auf dem DSLK 2018

7. Deutscher Schulleiterkongress 2018

Seien Sie dabei und lernen Sie von den Besten! Mit mehr als 2.500 Teilnehmern, über 120 Top-Referenten und 100 Vorträgen und Workshops ist der DSLK der größte Fachkongress für Schulleiter in ganz Deutschland.

Als Fortbildung anerkannt

- Sofort anwendbare Lösungen für Ihren Arbeitsalltag von über **120 Top-Referenten in 100 zukunftsweisenden Vorträgen und Workshops!**
- Intensiver Austausch und wertvolle Networking-Gelegenheiten mit Deutschlands renommiertesten Experten und **2.500 Kolleginnen und Kollegen!**
- **All-inclusive-Verpflegung** einschließlich aller Getränke und **VIP-Shuttle-Service** – ohne Extrakosten in einem Kongresszentrum der gehobenen Premiumklasse!
- Ganz ohne Risiko anmelden dank der **kostenlosen Rücktrittsgarantie!**

Jetzt anmelden und **70 Euro** Frühbucherrabatt sichern!

Eine Veranstaltung von:

Wolters Kluwer

Verband Bildung und Erziehung VBE

Wir sehen uns auf dem DSLK 2018!

Jetzt Teilnahme sichern unter: www.deutscher-schulleiterkongress.de

Von links: Anja Born, Elisabeth Groß, Johannes Ruckenbrod

Interview mit der Amtsleiterin des Staatlichen Schulamtes Karlsruhe Elisabeth Groß

Am 23.06.2017 interviewten die Karlsruher VBE-Kreisvorsitzenden Anja Born und Johannes Ruckenbrod in den Räumen des Staatlichen Schulamtes die Amtsleiterin des Staatlichen Schulamtes Karlsruhe Elisabeth Groß zu Themen des Schulalltags. An dieser Stelle herzlichen Dank an Elisabeth Groß, die sich viel Zeit für dieses Interview für den VBE genommen hat, sehr wertschätzend die VBE-Delegation empfing und gut vorbereitet auf die Fragen antwortete. Die Antworten mussten aufgrund des zur Verfügung stehenden Platzes gekürzt werden und sind daher nicht wörtlich, sondern inhaltlich zu verstehen.

Born: Frau Groß, können Sie uns Informationen über die Lehrerversorgung im SSA KA geben?

Groß: Wir haben heute am 23.06.2017 einen Stand in der Unterrichtsversorgung von 101 %, wobei der Prozess der Unterrichtsversorgung erst am 30. September 2017 abgeschlossen sein wird. Erfahrungsgemäß benötigen wir, um die Lehrerversorgung gut sicherstellen zu können, einen Versorgungsgrad von ca. 106,5 % (Stand: Schuljahresbeginn 2016/17). Anmerkung zur Drucklegung dieses Interviews: Am 10.08.2017 ist der Stand unserer Unterrichtsversorgung bei 103,5 %. Es ist uns jetzt trotz extrem schwieriger Umstände gelungen, den Pflichtbereich an allen Schulen sicherzustellen. Die extrem schwierigen Umstände betreffen die Umstellung der Studiengänge für die Lehrämter (Primar- , Sekundarbereich), die einhergingen mit einer Studienzeitverlängerung und einem Rückgang an Studienbewerber(innen)/Studienabgänger(innen)-Kapazitäten um 50 %. Diese 50 % Studienabgänger fehlen auf dem Lehrerarbeitsmarkt und treffen auf eine Entwicklung, dass mehr Lehrpersonen notwendig sind, um Ganztagsschulentwicklung, Inklusion oder pädagogische Schulprofilbildung der Schulen entsprechend leisten zu können.

Born: Gibt es Versorgungsunterschiede zwischen GS und Sek-I-Schulen und SBBZ?

Groß: Einen guten Effekt auf die Unterrichtsversorgung hat aus Sicht des SSA KA die „Poolstundenzuweisung für Realschulen", die im Direktbereich der Schulen sichergestellt ist. Bei den SBBZ liegt Unterrichtsversorgung jetzt auf dem Niveau des Vorjahres. Zum Schuljahresbeginn 2017/18 wollen wir dann alles „unter Dach und Fach" haben und hoffen auf eine erfolgreiche Resonanz unserer noch ausgeschriebenen Stellen unter *www.lobw.de*.

Ruckenbrod: Welche Chancen haben Bewerber, die seit längerer Zeit abgeschlossene Examina haben und nun nach einigen Jahren in den Schuldienst eingesetzt werden möchten?

Groß: Wir ermutigen alle Bewerber, die in den Lehrerberuf einsteigen wollen und die passenden Voraussetzungen dazu haben, sich auf www.lobw.de unter VPO registrieren zu lassen und sich um Stellen zu bewerben. Im RP KA wird jeder Einzelfall geprüft, denn am Telefon kann man den Sachverhalt oft nicht genau klären, was die Eckdaten eines Einsatzes in den Schulen betrifft (z. B. Fächerkombination, Schulform, regionale Einsatzbereitschaft). In dieser Registrierung oder im Anschreiben sollten alle relevanten aussagefähigen Daten wie bestandene Laufbahnprüfungen etc. aufgeführt und in Kopie oder PDF-Format oder TIF-Format belegt werden. Dies ist auch wichtig für Bewerber/-innen, die aus anderen Bundesländern kommen. Dann kann jeder Einzelfall geprüft und jede Chance genutzt werden. Die Erfahrung zeigt, dass bei schulamtsübergreifendem Wechsel in einen anderen Schulamtsbezirk bei bereits eingestellten Lehrer(inne)n die jeweiligen Personalräte gerne bereit sind, den Lehrpersonen durch Beratung bei der Versetzung zu helfen und auch individuelle Entscheidungen besprechen.

Ruckenbrod: Wie hat sich die inklusive Beschulung von Kindern im Vergleich zum letzten Schuljahr entwickelt?

Groß: Nach derzeitigem Stand werden im Schuljahr 2017/18 insgesamt 353 Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot an einem inklusiven Setting teilnehmen. Davon besuchen in der Stadt KA insgesamt 202 Schüler/-innen, vorwiegend in gruppenbezogenen

Lösungen, ein inklusives Angebot, im Landkreis Karslruhe sind es 151 Schüler/-innen, dort vorwiegend in kooperativen Organisationsformen. Im Trend stellt das SSA KA bei inklusiven Bildungsangeboten fest, dass es aufgrund des Elternwahlrechts leichte Anstiege in den Förderbereichen Lernen und geistige Entwicklung, minimale Anstiege im Bereich emotionale und soziale Entwicklung und keine Anstiege im Bereich körperliche und motorische Entwicklung gibt. Dies ist der momentane Stand der durchgeführten Bildungswegekonferenzen, die noch nicht vollständig abgeschlossen sind. Grundsätzlich werden in den Bildungswegekonferenzen Gruppenlösungen angestrebt. Wir haben mit der Stadt Karlsruhe gemeinsam seit nunmehr 7 Jahren eine runden Tisch Inklusion eingerichtet, der gemeinsam jährlich ein Elternforum Inklusion veranstaltet.

Born: Gibt es auch Schulen, die sich weigern, ein inklusives Kind zu beschulen, oder müssen sich alle Schulen im Schulamt Karlsruhe diesem Thema stellen und Kinder aufnehmen?

Groß: Meine Erfahrung ist, dass die Schulen weitestgehend dem Thema offen gegenüberstehen. Bei inklusiv beschulten Kindern ist auch zu berücksichtigen, dass das jeweilige Kind sehr individuell in den Blick genommen werden muss und die Möglichkeiten der Schule in Passung zum Kind gebracht werden, damit die Inklusion eine Stimmigkeit bekommt. Insoweit ist das SSA KA bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, des Schulgesetzes und der SBA-VO v. 08.03.2016 auf einem guten Weg.

Ruckenbrod: Inwieweit haben Sie Einfluss, wenn Umbaumaßnahmen am Schulgebäude für eine inklusive Beschulung stattfinden müssen?

Groß: Bau und Unterhaltung der Schulgebäude fallen in die Zuständigkeit der Schulträger (§ 27 SCHG). Zur Ausführung des Gesetzes über die Förderung des Schulbaus wurde am 05.02.2015 die Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung erlassen. Darin sind die Vorgaben für Zahl, Größe, Ausstattung von Schulraum festgelegt. Für die Umsetzung dieser Verwaltungsvorschrift, das heißt auch für Umbaumaßnahmen im Rahmen der Inklusion, ist das Regierungspräsidium zuständig. Es gibt zuvor die Bildungswegekonferenz, an der auch ein/-e Vertreter/-in des Schulträgers teilnimmt, in der für jedes Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf zum einen der individuelle Förderbedarf für das Kind festgelegt wird. Zum anderen wird dort auch festgelegt, welche sonstigen Möglichkeiten und Notwendigkeiten für das Kind vorhanden sein müssen, um eine Beschulung so zu gestalten, dass das Kind bestmöglich lernen kann. Unter Berücksichtigung aller Faktoren und erforderlichen Überlegungen wird der Aufwand von Maßnahmen auch finanziell abgewogen, sodass möglichst viele zu beschulende Kinder und junge Menschen davon profitieren können. Was inklusive Umbaumaßnahmen betrifft, wird das RP KA mit dem Schulträger vor dem Hintergrund der Bildungswegekonferenz abwägen, welche Umbau- und Unterstützungsmaßnahmen vorhanden sind oder welche geschaffen werden müssen.

Ruckenbrod: Wie kann das Staatliche Schulamt eingreifen, wenn es Schulen gibt, die mehr inklusive Beschulungen haben als andere? Der Organisationserlass sieht ja nicht vor, dass bei einer inklusiven Beschulung auch ein Anspruch auf mehr Stundenzuweisungen besteht. Gibt es seitens des Schulamtes Möglichkeiten, diesen Schulen mit der Versorgung von zusätzlichen Lehrerstunden zu helfen?

Groß: In der Bildungswegekonferenz wird jede Situation einzeln betrachtet, engagiert diskutiert, ein gemeinsam getragenes pädagogisches Konzept erarbeitet und die Stundenzuweisung im Rahmen des Möglichen besprochen. Mit den Beteiligten wird überlegt, ob am Standort und für das Kind eine Gruppenlösung möglich sein kann. Weitere Unterstützungsmaßnahmen, die wir noch anbieten können, sind im Rahmen unseres Ergänzungsbereiches, der im Schuljahr 2017/18, wie schon angesprochen, ja sehr begrenzt sein wird. Wir fragen uns in jeder Situation, wie wir im Rahmen unserer Möglichkeiten noch motivieren und unterstützen können, sei es in der Fortbildung, sei es durch eine schulpsychologische Unterstützung oder durch Unterstützung für gruppendynamische Prozesse.

Born: Unser nächstes Thema ist das Bewerbungsverfahren für A13 bei horizontalem Laufbahnwechsel.

Groß: Die Weiterqualifizierung von Lehrer(inne)n im Rahmen des horizontalen Laufbahnwechsels ist ein komplexer Prozess, der sich in verschiedene Stufen aufgliedert. Das SSA hat dazu bis zu einem Stichtag die infrage kommenden Lehrkräfte Gruppe 1 bis 3 ermittelt, die Daten an das RP weitergaben, welches diese Listen auf Korrektheit überprüfte. Die Schulen fertigten für interessierte Bewerber/-innen dienstliche Beurteilungen, die im SSA KA formal geprüft und zur Entscheidung an das RP KA weitergegeben wurden, das die Entscheidungen über die Zulassung zur Qualifizierung trifft. Für am horizontalen Laufbahnwechsel interessierte Schulleiter/-innen, die das Ziel haben, die Fakultas Realschule zu erwerben und die bereits eine A13-Stelle innehaben, können sich dennoch bewerben, weil sich damit für ihn/sie mit der Weiterqualifizierung die Schulart verändert. Grundsätzlich gilt, dass dem horizontalen Laufbahnwechsel ein Bewerberverfahren zugrunde liegt. Für das SSA war das ein äußerst „sportlicher" Prozess, zumal wir im SSA KA nicht nur aktuell mit einer überaus dünnen Personaldecke zu kämpfen haben, bei dem es sich um insgesamt 68 Vorgänge in einem zeitlich eng getakteten Prozess handelte. Es ist mir ein besonderes Anliegen, in diesem Zusammenhang den Schulrät(inn)en und der Verwaltung sehr herzlich zu danken und einmal mehr deren engagierten und kompetenten Einsatz wertzuschätzen, ohne den das Programm nicht hätte bearbeitet werden können.

Anja Born, Joachim Ruckenbrod: Vielen Dank, Frau Groß, für das Interview und die Zeit, die Sie uns hierfür gegeben haben.

Landesbezirk Südwürttemberg

Telefonaktion: Noch keine Stelle – was tun?

Von links: Anja Bartenschlager, Andreas Gronbach, Walter Beyer, Alfred Vater, Margit Malek

Am 30. Juni 2017 trafen sich die stellvertretende Landesbezirksvorsitzende Anja Bartenschlager, Geschäftsführerin Margit Malek, Rektor Walter Beyer, Beirat Andreas Gronbach und der stellvertretende Landesbezirksvorsitzende Alfred Vater zur Telefonaktion „Noch keine Anstellung? Wie geht es weiter nach dem Referendariat?“ an der Grundschule in Wald. Die Einstellungssituation ist so gut wie schon seit vielen Jahren nicht mehr. An den Grundschulen und Sonderschulen herrscht sogar Lehrer- bzw. Lehrerinnenmangel. Die Zukunftsaussichten für junge Lehrkräfte sind also ausgezeichnet, was die Referentinnen und die Referenten besonders freute, hatte der VBE doch jahrelang gegen den Stellenabbau in Baden-Württemberg gekämpft. Aus diesem Grund gab es nur zwei Anfragen in diesem Bereich. Dennoch gab es Anfragen zur Verlängerung des Vorbereitungsdienstes, Möglichkeiten des Wechsels des Seminars, Bewerbungen in andere Bundesländer und Fragen zur Stelleninformation der Regierungspräsidien. Besonders bei der Stelleninformation fühlte sich eine Person schlecht beraten, da ihr nicht klar war, dass man an die Schule mit dem größten Bedarf zugewiesen wird. Hier sieht vor allem Alfred Vater einen Verbesserungsbedarf in der Beratung der Regierungspräsidien. Kompetent konnten die Referentin und die Referenten Rede und Antwort stehen.

Alfred Vater

Landesbezirk Nordwürttemberg

VBE-Geschäftsführer lässt keinen Rauch in den Landesbezirk rein, sondern Rauch beim Grillen aufsteigen

Zum Schuljahresausklang lud der VBE-Geschäftsführer des Landesbezirks Nordwürttemberg, Thomas Frankenhauser, den Vorstand mit Familien zu sich in seinen Garten in Mutlangen zu einem „Landesbezirksgrillen“ ein. Seine Frau hatte zuvor alles Notwendige eingekauft. Thomas Frankenhauser ließ es sich nicht nehmen, seine Gäste persönlich mit Leckerem vom Holzkohlengrill zu verwöhnen. So ließ er den Rauch nicht in den Landesbezirk rein (warum auch?), sondern beim Grillen kräftig gen Himmel steigen, sodass die Kleidungsstücke der Teilnehmer noch am nächsten Tag intensiv an das Gartenfest erinnerten. Die VBEler aus Nordwürttemberg brachten Salate, Nachtisch und gute Laune mit. Erik Stegmaier (KV HN) hatte einen Gaskugelgrill dabei und Lachsfilets, die er mit einer raffinierten Marinade überzog, bevor er sie auf Holzbretter in den Grill legte. Zuerst wurde mit Sekt angestoßen, den Karin Jodl (KV GP) gut gekühlt servierte, dann unterhielt man sich angeregt bis in den Abend hinein. Nebenher wurden die Autos mit verschiedenen Materialien für die nächste VBE-Veranstaltung beladen. Die Kinder störte das wenig; sie tobten im Garten herum, benützten ausgiebig die Spielgeräte und naschten zwischendurch von den köstlichen Himbeermuffins, die Stephanie Gomolzig, die neue Rems-Murr-Kreis-Vorsitzende (KV WN), gebacken hatte. Die einhellige Meinung der Gäste beim Ade-Sagen war: „Das sollten wir künftig unbedingt wiederholen!“

Michael Gomolzig, Landesbezirksvorsitzender

Fachlehrkräfte- und Arbeitnehmertag

VBE

Jetzt vormerken:

25. Oktober 2017

Mittelberg-Grundschule, 88400 Biberach

Qualifiziert! Engagiert! Honoriert?

Programm

14.00 Uhr	Eröffnung: „Schwäbagogisches“ mit Hugo Brotzer
14.10 Uhr	Begrüßung und Regularien
14.15 Uhr	Interaktive Vorträge mit Dr. Thomas Hertel und Bernhard Rimmele, VBE-Referat Arbeitnehmer
14.45 Uhr	Kaffeepause
15.15 Uhr	Fishbowl mit Siegfried Lorek, CDU Sandra Boser, Grüne Dr. Stefan Fulst-Blei, SPD Dr. Timm Kern, FDP Dr. Thomas Hertel, Seminarsprecher Bernhard Rimmele, VBE
16.15 Uhr	Workshops aus den Bereichen Religion, Kunst und Musik, Selbstverteidigung, Management, Gehirn und Lernen ...
17.15 Uhr	Abschluss mit Beratungsstationen

Information und Anmeldung

Rosemarie Mohr
Leitung Referat Fachlehrkräfte im VBE Baden-Württemberg:
rosemarie.mohr@vbe-bw.de

Das Basisteam:

Ernst Vater

Georg Mak

Martin Badent

VBE fordert Lehrerbedarfsplan

„Es ist lobenswert, welch vielfältige Ideen die Kultusministerin präsentiert, um den Schulbetrieb wenigstens in der Grundversorgung aufrechtzuerhalten. Dennoch sind einige Einzelmaßnahmen mit deutlicher Vorsicht zu genießen." Diese Ansicht vertritt die Geschäftsführerin des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Südbaden, Nadine Possinger (Freiburg), und beklagt gleichzeitig, dass vor allem – aber nicht nur – in den letzten fünf Jahren eine nicht verantwortbare Sparpolitik notwendige Investitionen in die Bildung blockierte.

Die 2011 vom Landesrechnungshof propagierten und von der Politik bereitwillig übernommenen Stellenstreichungen waren Gift für die Bildungspolitik. In der Folge muss heute Kultusministerin Eisenmann die Q-Frage (Frage nach der Qualität) stellen. Durch den nimmermüden Einsatz des VBE sind die Stellenstreichungen jetzt endlich vom Tisch. „Der Bedarf für Neuinvestitionen ist da und wir freuen uns über neue Einsichten der Finanzministerin, deren Hardliner-Positionen sich durch den neuen Druck von allen Seiten aufweichen", so Possinger.

In der Geschichte des Landes Baden-Württemberg habe es noch nie einen Lehrerbedarfsplan gegeben, so der VBE, obwohl die Schülerzahlen der Grundschulen mindestens sechs Jahre im Voraus planbar sind. Statt hier weitsichtig zu planen und zu investieren, ist politisches Handeln immer mehr darauf bedacht, kurzfristig innerhalb einer Wahlperiode zu denken und somit auch nur kurzfristige Erfolge zu erzielen. „Nach uns die Sintflut!" ist aber ein schlechtes Motto für langfristige Bildungserfolge. Der momentane Zustand mit Lehrerknappheit und ihren Ausblühungen sei eine Folge der Nicht-Zurkenntnisnahme langfristiger Entwicklungen. Namens des VBE fordert Possinger deshalb die Erstellung eines Lehrerbedarfsplanes, damit drastische Engpässe, wie sie derzeit wahrzunehmen sind, erst gar nicht mehr vorkommen.

Kritisch sieht der VBE, dass das Ministerium darauf vertraut, dass Pensionierte und schulartfremde Personen die Schulentwicklung voranbringen sollen. Derzeit sind es landesweit keine 400 Pensionäre, die sich vor allem in Flüchtlingsklassen engagieren. Viele verlassen auf Antrag schon mit 63 Jahren den Schuldienst, weil Bildung und Erziehung von Kindern unter heutigen Bedingungen eine Schwerstarbeit geworden ist.

Um eine weitere Gruppe herauszugreifen: Wenn Gymnasiallehrkräfte in der Grundschule eingesetzt werden sollen, fehlt ihnen von der Ausbildung her die grundschulspezifische Pädagogik. Nach Ansicht des VBE genügt eine vorgesehene Schnellbleiche keinesfalls, um ein fundiertes Studium der Grundschulpädagogik zu ersetzen.

Wenn es auch schwierig wird, so arbeitet der VBE weiterhin daran, das Ministerium zu begleiten, um für die Zukunft tragfähige Lösungen zu finden. Kurzfristig allerdings sind Zweifel angebracht, ob ein echter Sprung nach vorn gelingen kann. Stattdessen wird man sich kurzfristig auch mit kleinen Verbesserungen begnügen müssen.

Nadine Possinger
Geschäftsführerin des VBE Südbaden

Bildung in Not – Bildung tut not

Aber woher die Lehrkräfte nehmen und nicht stehlen?

Die Not an den Schulen ist groß. Die Lehrerversorgung für das kommende Schuljahr ist nicht gesichert, auch nicht im Pflichtbereich, obwohl es von offizieller Seite immer wieder so in der Öffentlichkeit lanciert wird. Für den Verband Bildung und Erziehung (VBE) ist es klar, dass der Pflichtbereich nur dann gesichert ist, wenn für die entsprechende Schulart genügend ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Es ist keine gültige Problemlösung, sogenannte „Nichterfüller" oder Pädagogik-Studenten oder Lehrkräfte ohne gültige zweite Staatsprüfung für die entsprechende Schulart – also beispielsweise Gymnasiallehrkräfte in Grundschulen – zur Unterrichtung der Schülerinnen und Schüler einzustellen. Dies kann und darf höchstens ein schnell einzuschlagender und vorübergehender Notnagel sein, um die größte Not zu lindern.

Dabei wurden in der Vergangenheit große Fehler gemacht. Der schlimmste war die vom Rechnungshof angeleierte und von der grün-roten Regierung durchgeführte Streichung von fast 12 000 Lehrerstellen. Aber es geht weiter: auch 2017 kann man an Gymnasien nicht von einer guten Versorgung sprechen. Hier stünden Lehrkräfte zur Verfügung, aber die sollen an Grundschulen eingesetzt werden, wo die Not noch größer ist. Und der Rechnungshof spricht auch schon wieder von weiteren vermeintlich nötigen Stellenkürzungen.

Kultusministerin Eisenmann hat in einer Pressekonferenz weitere Maßnahmen vorgestellt. Dabei begrüßt der VBE, wenn Teilzeitkräfte ihr Deputat freiwillig aufstocken oder wenn beurlaubte Lehrkräfte gebeten werden, die Beurlaubung vorzeitig abzubrechen. Leider befinden sich unter den angedachten Maßnahmen aber auch solche, die der VBE ablehnt. Vorgesehene Abordnun-

weiter auf Seite 38

Südbadischer Junglehrertag
27. September 2017

Veranstaltungsort

Bildungs- und Beratungszentrum (BBZ) Stegen
Erwin-Kern-Straße 1-3, 79252 Stegen bei Freiburg

www.bbzstegen.de

Programm

8:00 Uhr	Ankommen bei Kaffee und Brezel
8:30 Uhr	Begrüßung
9:00 Uhr	Hauptvortrag mit Plenumsdiskussion

Dr. Felix Winter: Die neuen Möglichkeiten in der Leistungsbewertung nutzen!

Die Anforderungen an die schulische Leistungsbeurteilung sind stark gestiegen. Insbesondere soll sie mehr Rückmeldung liefern und dem Ziel der Förderung aller Schülerinnen und Schüler dienen. Aber auch die Kompetenzorientierung der Bildung wirft bezüglich der Leistungsbeurteilung neue Fragen auf. Inzwischen gibt es an vielen Schulen Erfahrungen mit „Neuen Formen der Leistungsbeurteilung“. Wie aber setzt man sie Erfolg versprechend ein und welche Schwierigkeiten sind dabei zu bewältigen? Der Referent ist einer der wenigen Experten auf diesem Gebiet. Er wird einen Überblick über die neuen Aufgaben und Möglichkeiten der Leistungsbeurteilung geben und ausführlich auf Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung eingehen.

11:15 Uhr	Workshop
12:30 Uhr	Mittagspause
13:45 Uhr	Workshop Fortführung (bis 15:30 Uhr)

Landesbezirk Südbaden

gen oder Versetzungen in Mangelbereiche dürfen nur in gegenseitigem Einvernehmen mit allen Beteiligten erfolgen, denn es ist klar, dass Lehrkräfte nur dann erfolgreich unterrichten können, wenn sie am Morgen nicht schon unglücklich über lange Anfahrten oder unerwünschte Ortswechsel die Schule betreten. Dabei haben bisher alle Regierungen versäumt, einen Wohnortsbonus einzuführen. Damit ist gemeint, dass es doch auch in guten Zeiten der Lehrereinstellung möglich gemacht werden müsste, dass Lehrkräfte, die im Kreis Waldshut ansässig sind, auch bevorzugt im Kreis Waldshut eingestellt werden. Dasselbe gilt für Lehrkräfte aus Rottweil für Rottweil und Lehrkräfte aus Tuttlingen für Tuttlingen usw. Es ist auch keine Lösung, das vermeintlich gut versorgte Freiburg durch Versetzungen „auf das Land" zu entleeren.

Freiburg ist zwar besser versorgt als die anderen südbadischen Landkreise, aber von einer guten Versorgung zu reden, spricht jeglicher Realität Hohn. Auch dort klaffen auffallende Lücken in der Unterrichtsversorgung. Aber bisher hat es keine Regierung gegeben, die es für nötig hielt, den Lehrerbedarf auch auf Jahre hinaus vorauszuberechnen. Nicht jedes Jahr ist 2015, als der Flüchtlingszustrom diese Planung zunichtegemacht hätte. Schlimmer: Durch die an sich positive Verlängerung des Studiums für Grundschullehrerinnen und -lehrer fällt zum neuen Schuljahr ein ganzer Einstellungsjahrgang (400 Lehrkräfte) aus.

Pensionäre sollen die Unterrichtsversorgung retten. Das ist nicht die schlechteste Notlösung, aber sicher auch keine zukunftsweisende Lösung. Und wenn 400 Pensionäre in den Schuldienst zurückgekehrt sind, dann muss auch gesagt werden, dass es sich keinesfalls um 400 Volldeputate handelt. Pensionäre haben im Allgemeinen eine sehr reduzierte Unterrichtsverpflichtung, da die steuerlichen Auswirkungen des Zusatzverdienstes für große Irritationen sorgen. Niemand arbeitet gerne für das Finanzamt. Und nicht zu vergessen: Alle 400 Pensionäre wurden zu den Sommerferien entlassen. Momentan hat sich diese Zahl also auf null reduziert und jede/-r muss neu angefragt werden, ob er/sie weitermache. Auch auf diese Art kann man Kolleginnen und Kollegen „wertschätzen".

Wir sehen zusammenfassend, dass der „Patient Bildung" noch große Gesundungs- und Entwicklungsmöglichkeiten in sich birgt und dass alle bisherigen Regierungen ihren Beitrag dazu leisteten, dass es zu den derzeitigen Mangelerscheinungen gekommen ist. Wenn Geld in die Bildung gesteckt wird, so sind dies keinesfalls Ausgaben, sondern es ist ein Wertschöpfungsfaktor. Das muss die Politik lernen und verinnerlichen. Der VBE wird weiterhin darauf hinwirken

Dr. Christoph Wolk
Vorsitzender
VBE Südbaden

Landesbezirk Nordbaden

Gelungene Premiere Sommerfest des LBZ

Geladen von der LBZ-Vorsitzenden Andrea Friedrich und dem LBZ-Geschäftsführer Andreas Baudisch strömten am Freitagnachmittag, 23. Juni 2017, viele VBE-Funktionäre der Kreisverbände und Bezirksgruppen aus allen Regionen des Landesbezirks nach Mannheim. Das Vorbereitungsteam bestand neben den eingangs Genannten auch aus der Stellvertreterin Franziska Gramlich und dem Stellvertreter Michael Mercatoris. Sie hatten in liebevoll vorbereiteten Räumen des Gemeindehauses der Pfarrgemeinde St. Lioba in Mannheim eine wohltuende Atmosphäre geschaffen. Diese bildete eine ideale Basis für den zwanglosen Austausch von Verbandserfahrungen und bot genügend Zeit, sich ohne inhaltlichen Erfolgsdruck auf der privaten Ebene besser kennenzulernen. Die „Durchmischung" hätte nicht besser sein können. Vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Gerhard Freund über den langjährigen LBZ-Vorsitzenden Berthold Schwind bis zu den jüngsten Vertreterinnen von Studentengruppen waren alle Alters- und Erfahrungsgruppen vertreten.

Begeistert stellte der Schreiber dieser Zeilen fest, wie sich die junge VBE-Generation an denselben christlichen Werten ausrichtet wie „wir Alten" und mit welch großer Empathiebereitschaft und mit welchem enormen Fleiß in der Schule mit den Schülerinnen und Schülern und in den Personalräten und Kollegien mit den Kolleginnen und Kollegen umgegangen wird.

Mit dieser „Mann- und Frauschaft", in der Erfahrung und Jugend so harmonisch zusammenwirken, ist der Landesbezirk für die Zukunft bestens aufgestellt.

Man kann zu der Idee des Sommerfestes nur gratulieren. Ein großer Dank gilt den Organisatoren und allen Mitwirkenden, denen mit diesem Nachmittag und Abend ein grandioser Erfolg für den Zusammenhalt unseres VBE-Landesbezirks gelang. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer freuen sich bereits jetzt auf die Wiederholung des Sommerfests im kommenden Jahr.

Joachim Mack, Pressesprecher
VBE Nordbaden

Junglehrerinnen- und Junglehrertag des VBE Nordbaden

10. November 2017
Gemeindezentrum St. Clara
Stengelstraße 4
68239 Mannheim-Seckenheim

Themen:

- **Mobile Endgeräte – Nutzungsmöglichkeiten für die Lehrkraft:** Notenprogramme im Vergleich, Apps für den Unterricht
- **Elternarbeit**
- **Der Junge VBE berät:** Alles rund um das Referendariat und die ersten Dienstjahre
- **Allgemeine Beratung:** Probezeit, dienstliche Beurteilung, Verweildauer, Versetzung ...

Programm:

14.00 Uhr	**Begrüßung** Andrea Friedrich, VBE-Landesbezirksvorsitzende Nordbaden
14.15 Uhr	**Infozeit 1**
14.15 Uhr	**Kaffeepause / Zeit für Austausch**
15.45 Uhr	**Infozeit 2**
16.45 Uhr	**Verabschiedung**

Anmeldung und Information:

Bitte melden Sie sich formlos an
bis spätestens Montag, 06.11.2017, bei
Andreas Baudisch, Geschäftsführer
VBE-Landesbezirk Nordbaden
E-Mail: andreas.baudisch@vbe-bw.de

Informationen erhalten Sie auch bei
Andrea Friedrich, VBE-Landesbezirks-
vorsitzende Nordbaden
E-Mail: andrea.friedrich@vbe-bw.de

Der Lehrerinnen- und Lehrertag ist für VBE Mitglieder und Nichtmitglieder kostenfrei.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

KV Albstadt

Traditionelles Weiherfest beim Kreisverband

Zum diesjährigen Weiherfest am 12. Juli 2017 luden Frau Reinelt aus Meßkirch-Schnerkingen und die Seniorenvertreterin Hilde Boeker wieder alle VBE-Mitglieder ein. Der KV-Vorsitzende Alfred Vater und die Geschäftsführerin Margit Malek gaben die Einladung gerne weiter. Viele Aktive und Pensionäre folgten der Einladung und verbrachten bei strahlendem Sonnenschein einen geselligen Nachmittag bei Kaffee und Kuchen. Gerne sprachen ehemalige Personalräte mit aktiven Personalräten über frühere Aktivitäten und Unternehmungen. Gegen Abend gab es die traditionell selbst geräucherten Forellen und leckeren Salat. Dabei diskutierten die VBE-Mitglieder über die aktuellen Themen der Bildungspolitik und zeigten sich besorgt über den akuten Lehrerinnen- bzw. Lehrermangel an Grund- und Sonderschulen, der eben auch hausgemacht sei. Man kann nicht jahrelang über einen Stellenabbau diskutieren, Gehaltserhöhungen häufig verschieben und sich dann noch wundern, wenn aufgrund der Pensionierungswelle plötzlich zu wenige Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Selbstverständlich blieb auch viel Zeit für viele private

Sichtlich gut gelaunt: Kreisvorsitzender Alfred Vater und die Geschäftsführerin Margit Malek

Gespräche. Die Anwesenden waren sich darüber einig, dass sie im nächsten Jahr gerne wieder zu dieser geselligen Zusammenkunft kommen werden.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder weitere Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden Alfred Vater: alfred.vater@vbe-bw.de

KV Freiburg

Neuer VBE-Vorstand gewählt

Im Mittelpunkt der diesjährigen Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Freiburg stand die Neuwahl des Vorsitzenden. Wolfgang Schmitt, der das Amt des Vorsitzenden sieben Jahre lang innehatte, gab seinen Rücktritt aus beruflichen Gründen bekannt. Als Nachfolgerin wurde Nadine Possinger gewählt. Kathrin Reepen und Lukas Beck bleiben weiterhin in ihren Funktionen als Stellvertreterin und Geschäftsführer tätig. Wolfgang Schmitt bedankte sich bei den Mitgliedern des Vorstandes für die langjährige gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Die vielfältigen Aufgaben gemeinsam anzupacken und zu bewältigen sei ihm immer eine Freude gewesen. Sein besonderer Dank galt der neu gewählten Vorsitzenden Nadine Possinger, die in ihrer Funktion als Junglehrervertreterin hervorragende Arbeit für den VBE geleistet habe. Die neue Vorsitzende bedankte sich im Namen der Mitglieder und der Vorstandschaft beim scheidenden Vorsitzenden und überreichte ihm ein kleines Prä-

Wolfgang Schmitt gratuliert Nadine Possinger.

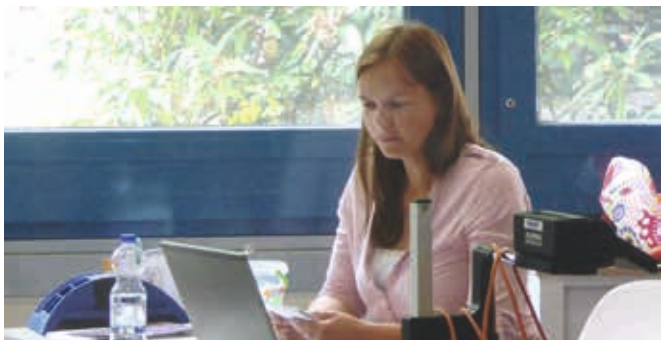
sent. Ein Präsent wurde auch Elisabeth Ierasts überreicht, die nach vielen Jahren Mitgliedschaft im Örtlichen Personalrat Freiburg in den wohlverdienten Ruhestand geht.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende Nadine Possinger: nadine.possinger@vbe-bw.de

Schulkreis Lörrach-Waldshut

Bezirksgruppe Waldshut

Felicitas Adlung (Bild) informierte Ende Juni interessierte Kolleginnen und Kollegen über das komplexe Thema „Mutterschutz, Elternzeit, Elterngeld ...“ in der GMS Albbruck unter der Tagungsleitung von Beatrix Götz, Vorsitzende der BG Waldshut. Im Anschluss an die Info-Veranstaltung gab es noch die Gelegenheit, Felicitas Adlung zu eigenen, speziellen Fragen zu befragen. Felicitas Adlung erwies sich dabei als kompetente Expertin in diesem Bereich. Nach gut eineinhalb Stunden gingen die Teilnehmer/-innen gut informiert nach Hause.



Schulkreis Lörrach-Waldshut

Bezirksgruppe Lörrach

15 Interessierte kamen Mitte Juli in die Lörracher Realschule, um sich über die Bestimmungen von Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld zu informieren. Nicole Bündtner-Meyer (Bild), Mitglied im Bezirkspersonalrat Freiburg, konnte die komplexe Materie an Fallbeispielen erörtern und auf konkrete Nachfragen der Teilnehmerinnen antworten sowie wertvolle Tipps geben. Auf einzuhaltende Termine, Schutzbestimmungen für Schwangere und Fristen wurde hingewiesen, die Möglichkeit der Aufteilung der Elternzeit unter den Eltern sowie die Berücksichtigung der Ferienabschnitte wurden an anschaulichen Beispielen verdeutlicht. Die Dauer und Höhe des Elterngeldes bzw. ElterngeldPlus vervollständigten den Vortrag. Eckhard Süß organisierte die Veranstaltung und dankte Nicole Bündtner-Meyer für die informative Veranstaltung. *Eckhard Süß*

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Schulkreis (mit den Bezirksgruppen Lörrach, Waldshut-Tiengen und Bad Säckingen) haben, wenden Sie sich an die Schulkreisvorsitzende Sonja Dannenberger: sonja.dannenberger@vbe-bw.de

KV Ortenau

Fortbildung mit Dr. Heinz Klippert

Bei sommerlichen Temperaturen versammelten sich am 22. Juni 159 Teilnehmer in der Mensa der Otto-Hahn-Realschule in Lahr, um den Ausführungen von Herrn Dr. Heinz Klippert zu lauschen. Der bekannte Schulentwickler und Methodentrainer referierte auf Einladung des VBE-Kreisverbandes Ortenau zum Thema „Individuell fördern, aber wie? Anregungen zum Umgang mit Heterogenität in der Schule“. Dr. Klippert stellte die „Zauberworte“ Individualisierung, Differenzierung und Einzelkindbetreuung, die der wachsenden Heterogenität entgegengestellt werden, in puncto Alltagstauglichkeit auf den Prüfstand und belegte dies mit anschaulichen Beispielen aus seiner jahrelangen Arbeit an Schulen. Diese Förderansätze, so Klippert, ließen Lehrer wie Schüler schnell an ihre Grenzen geraten. Im Laufe der Veranstaltung zeigte der Referent anschaulich Strategien auf, die eine Förderkultur innerhalb der Regelklasse für Schüler und Lehrer praktikabel machen. Auch Ideen zum Methodenlernen wurden präsentiert. Am Ende gab es viel Lob und Dank für den gelungenen Vortrag für Herrn Dr. Klippert, aber auch für die

V. l.: Marko Baumelt-Huber (Konrektor Otto-Hahn-Realschule / KV Ortenau), Michael Mai (Vorsitzender KV Ortenau), Dr. Heinz Klippert, Karin Zapf (Geschäftsführerin KV Ortenau), Christian Reinbold (Rektor Otto-Hahn-Realschule), Nicola Heckner (stellvertretende VBE- Landesvorsitzende)

tolle Planung und Organisation der Veranstaltung durch Karin Zapf, Marco Baumelt-Huber und die beteiligten Lehrer und Schüler der Otto-Hahn-Realschule. *Sabrina Schneider*

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder weitere Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden Michael Mai: M.B.C.C.Mai@t-online.de

KV Ostwürtt./Göppingen und KV Stuttgart

Telefonaktion: Noch keine Anstellung – wie geht's weiter nach dem Referendariat?

Die Ansprechpartner der Telefonaktion Isabell Blumenschein, Karin Jodl, Thomas Frankenhauser (KV Ostwürttemberg /Göppingen) und Katrin Scharfe (KV Stuttgart) waren für die Beratung der Lehramtsanwärter/-innen gut vorbereitet. Wie bei der aktuellen Einstellungssituation und beim momentanen Lehrkräftemangel zu erwarten, war der Beratungsbedarf gering. Der Nachmittag wurde ausgefüllt durch ein Beratungsgespräch, den Austausch zwischen den Kreisverbänden und einen kühlen Eiskaffee. Auch wenn aufgrund der momentan guten Einstellungschancen ein geringer Beratungsbedarf besteht, wird die Telefonberatung selbstverständlich in den kommen-

den Jahren weiterhin Bestandteil des VBE-Beratungskonzepts sein. Die beteiligten VBE-Kreisverbände wünschen allen neu eingestellten Lehrkräften einen guten Start ins Schuljahr 2017/18.

Aus den Kreisverbänden

KV Ostwürttemberg/Göppingen

VBE überreicht begehrte Schuljahresplaner an Lehreranwärterinnen und Lehreranwärter

Im Juli 2017 war der VBE-Kreisverband am Schwäbisch Gmünder Seminar GWHRS drei Tage mit seinem Stand vor Ort, rüstete interessierte Referendarinnen und Referendare mit Schreib- und Infomaterialien aus und übergab den neuen Schuljahresplaner an seine Mitglieder. Erwin Huttenlau, Isabell Blumenschein, Gabriele Tetzner und Karin Jodl konnten außerdem nicht nur weitere Schuljahresplaner an neu gewonnene Mitglieder ausgeben, sondern diesen auch das wichtige Lehrerinnen- und Lehrerhandbuch mit allen Gesetzestexten und Verordnungen überreichen. Damit sind sie bestens für die anstehende Schulrechtskundeprüfung ausgerüstet. Am 27. September und 17. Oktober bietet der VBE außerdem am Seminar Schwäbisch Gmünd Schulrechts-Crashkurse zur intensiven Vorbereitung an.

Erwin Huttenlau (Mitte) und Karin Jodl (rechts) überreichen die Schuljahresplaner an VBE-Mitglieder.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder weitere Informationen haben möchten, wenden Sie sich an den Kreisvorsitzenden Erwin Huttenlau: emhuttenlau@aol.com

KV Pforzheim

Teilpersonalversamlung

Große Freude herrschte beim VBE Pforzheim über den Besuch und das Grußwort des VBE-Landesvorsitzenden Gerhard Brand bei der Teilpersonalversammlung für Schulleitungen im Juni in Bad Liebenzell. Trotz hochsommerlicher Temperaturen kamen viele zu dieser Veranstaltung, um Informationen über die brennenden Themen zu erhalten, ihre Fragen einzubringen und zu diskutieren. Als Dankeschön überreichte die Kreisvorsitzende Ursula Butscher-Zahn einen Korb mit Liebenzeller Sprudelsorten an Gerhard Brand.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder weitere Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende Ursula Butscher-Zahn: ursula.butscher-zahn@vbe-bw.de

V. l.: Lena Eger, Alex Maier, Ursula Butscher-Zahn, Gerhard Brand, Peter Krüger.

KV Karlsruhe

Erste Hilfe – schulpraktisch

Studentinnen/Studenten und Lehramtsanwärter/-innen werden über kurz oder lang schnell und adäquat reagieren müssen: nicht nur in pädagogischen, sondern auch in medizinischen Fragen! Wie verhält man sich bei Verletzungen von Schutzbefohlenen richtig? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines Erste-Hilfe-Kurses, der am 15. Juli in der Marylandschule Karlsruhe angeboten wurde. Ausbilder Häfner von den Maltesern arbeitete 40 Jahre lang in Viernheim an einer integrierten Gesamtschule und kann auf viel Erfahrung zurückgreifen. Dies kam den Teilnehmerinnen des Kurses zugute: Wie sieht die Ersthilfe bei Sportunfällen aus? Wie verhält man sich, wenn ein Kind über Bauchkrämpfe klagt oder die Anzeichen auf eine Gehirnerschütterung schließen lassen? Es standen die besonderen Anforderungen an einer pädagogischen Einrichtung im Vordergrund. Neben dem Erlernen einer „praktikablen stabilen Seitenlage“ war die Wiederbelebung ein Thema, zudem erhielten alle Anwesenden Unterlagen für den Gebrauch im weiteren Arbeitsleben. Für das leibliche Wohl war vonseiten

des Kreisverbandes gesorgt, sodass nach einem rundum gelungenen Tag alle Kursteilnehmer zufrieden den Heimweg antraten und für zukünftige Notfalleinsätze bei Kindern und Jugendlichen nun bestens gewappnet sind! *Peter Jock*

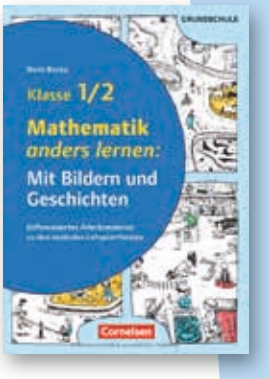
Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder weitere Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden Johannes Ruckenbrod: johannes.ruckenbrod@vbe-bw.de

Veranstaltungen der Kreisverbände

Wer?	Wann?	Wo?	Was?
KV Karlsruhe	**15.09.2017 Freitag** 16.00 Uhr	Marylandschule Rhode-Island-Allee 70 76149 Karlsruhe	**Crashkurs Schul- und Beamtenrecht** Ausflug durch die wichtigsten Bereiche zur Vorbereitung auf die Schulrechtskundeprüfung. Für alle Schularten geeignet. Anmeldung an: johannes.ruckenbrod@vbe-bw.de
KV Reutlingen/ Tübingen	**15.09.2017 Freitag** 14.30 Uhr	Staatl. Seminar Alteburgstraße 150 72762 Reutlingen	**Crashkurs Schul- und Beamtenrecht** Ausflug durch die wichtigsten Bereiche zur Vorbereitung auf die Schulrechtskundeprüfung. Für alle Schularten geeignet. Anmeldung an: Anja.Bartenschlager@vbe-bw.de
Schulkreis Lörrach-Waldshut	**15.09.2017 Freitag** 14.00 Uhr	Schlosshof Tiengen	**Auf den Spuren der Tiengener Juden** Führung durch das jüdische Tiengen mit Manfred Emmerich. Anschließend Einkehr im Café Zeitlos, Bahnhofstraße 3. Anmelden bei: rosi.drayer@gmx.de
KV Freiburg	**19.09.2017 Dienstag** 18.15 Uhr	Wentzinger-RS Falkenbergstraße 21 79110 Freiburg	**Crashkurs Schul- und Beamtenrecht** Ausflug durch die wichtigsten Bereiche zur Vorbereitung auf die Schulrechtskundeprüfung. Für alle Schularten geeignet. Anmeldung an: Nadine.Possinger@vbe-bw.de
Schulkreis Lörrach-Waldshut	**21.09.2017 Donnerstag** 16.30 Uhr	Meret-Oppenheimer-Schulzentrum Steinen	**Neu im Dienst** Ulrike Mölbert informiert: Neu an der Schule, meine Aufgaben als Klassenlehrer/-in, der erste Elternabend, Elterngespräche führen. Anmelden bei: claudia-willman@web.de
KV Ostwürttemberg/Göppingen	**27.09.2017 Mittwoch** 17.00 Uhr	Staatl. Seminar Lessingstraße 7 73525 Schw. Gmünd	**Crashkurs Schul- und Beamtenrecht** Ausflug durch die wichtigsten Bereiche zur Vorbereitung auf die Schulrechtskundeprüfung. Für alle Schularten geeignet. Anmeldung an: gabriele.tetzner@vbe-bw.de
KV Rottweil/ Villingen-Schwenningen	**28.09.2017 Donnerstag** 15.00 Uhr	Anne-Frank-Schulverbund Engen	**Als Tarifbeschäftigte/-r im Schuldienst** Informationen zum Tarifergebnis und weitere Arbeitnehmerfragen. Im Anschluss individuelle Beratung. Referent: Bernhrd Rimmele. Anmelden: sandra.win@gmx.net
KV Albstadt	**29.09.2017 Freitag** 14.30 Uhr	Seminar Albstadt Burgelder Steige 7 72459 Albstadt	**Crashkurs Schul- und Beamtenrecht** Ausflug durch die wichtigsten Bereiche zur Vorbereitung auf die Schulrechtskundeprüfung. Für alle Schularten geeignet. Anmeldung an: alfred.Vater@vbe-bw.de
KV Ulm-Alb/Donau KV Biberach	**30.09.2017 Samstag**	Treffpunkt: Buswendeplatte Ulm/Böfingen	**Ulmer Höhenweg.** 5- bis 6-stündige Wanderung über die Höhen inner- und oberhalb Ulms mit wunderbaren Ausblicken auf die Münsterstadt. Anmelden bei Martin Badent: Martin.Badent@vbe-bw.de
KV Baden-Baden	**4.10.2017 Mittwoch** 10.00 Uhr	EDEKA Fleischwerk Messering 2 76287 Rheinstetten	**Pensionärsveranstaltung.** Besichtigung des Fleischwerkes. Anmeldung bei Gabriele Merkel, Telefon 07245-3946 oder merkel.gaby@gmail.com
Schulkreis Lörrach-Waldshut	**4.10.2017 Mittwoch** 16.00 Uhr	Weihermattenschule Bad-Säckingen	**Cajón-Kurs für Anfänger.** Der Referent Patrick Huber zeigt Rhythmen und Spiele für den Unterricht. Kosten für Mitglieder: 15 Euro, Nichtmitglieder: 25 Euro. Anmelden bei: Anette.Trost@vbe-bw.de
KV Ulm-Alb/Donau KV Biberach	**6.10.2017 Freitag** 14.30 Uhr	Staatl. Seminar Hügellstraße 25/1 88074 Meckenbeuren	**Crashkurs Schul- und Beamtenrecht** Ausflug durch die wichtigsten Bereiche zur Vorbereitung auf die Schulrechtskundeprüfung. Für alle Schularten geeignet. Anmeldung an: judith.bischoff@vbe-bw.de
KV Rottweil/ Villingen-Schwenningen	**10.10.2017 Dienstag** 17.00 Uhr	Realschule Lehenstraße 15 Donaueschingen	**Ihr Wissen – Ihr Vorteil! Mutterschutz, Elternzeit, Elterngeld ...** Referenten: Marianne Markwardt, Stefan Zeilfelder. Anmelden bei Stefan Zeilfelder: stefan.zeilfelder@vbe-bw.de
KV Rottweil/ Villingen-Schwenningen	**11.10.2017 Mittwoch** 16.00 Uhr	Benediktinerkirche Schulgase 21 Villingen	**Schätze der Region** Orgelführung mit Konzert an der rekonstruierten Silbermann-Orgel in Villingen. Referenten Georg Koch, Ulrich Kolberg. Anmelden bei: ulrike.denzel@vbe-bw.de
KV Albstadt	**11.10.2017 Mittwoch** 15.00 Uhr	Grundschule Wald Sankertsweiler Str. 6 88639 Wald	**Inklusion – Chancen und Grenzen** Wenn Anspruch auf Wirklichkeit trifft. Referentin: Uschi Mittag, Leiterin VBE-Referat Sonderschulen. Anmeldungen an: margit_malek@web.de (bis 04. Oktober)
KV Freiburg	**14.10.2017 Samstag** 12.30 Uhr	Löwen-Lichtspiele Kentzingen	**ICH. DU. iNKLUSION – Wenn Anspruch auf Wirklichkeit trifft** Film mit anschließender Podiumsdisskusion. Leitung: Silke Siegmund und Barbara Timm. Anmelden bis 30.09. bei: nadine.possinger@vbe-bw.de
KV Ostwürttemberg/Göppingen	**17.10.2017 Dienstag** 17.15 Uhr	Staatl. Seminar Lessingstraße 7 73525 Schw. Gmünd	**Crashkurs Schul- und Beamtenrecht** Ausflug durch die wichtigsten Bereiche zur Vorbereitung auf die Schulrechtskundeprüfung. Für alle Schularten geeignet. Anmeldung an: gabriele.tetzner@vbe-bw.de
Schulkreis Lörrach-Waldshut	**18.10.2017 Mittwoch** 18.00 Uhr	Zum Fährmann Bad Säckingen	**Mitgliederversammlung** Unter anderem stehen Neuwahlen der kompletten Vorstandschaft auf der Tagesordnung.
KV Rottweil/ Villingen-Schwenningen	**19.10.2017 Donnerstag** 17.00 Uhr	Hotel Hirt Oberhofenstraße 5 Deißlingen	**Horizotaler Laufbahnwechsel gemäß § 21 Landesbeamtengesetz** Informationen von Referent Norbert Hinz. Anschließend Mitgliederversammlung und Neuwahl des Vorstandes

Informationen zu diesen sowie weiteren Veranstaltungen finden Sie auf unserer Homepage: www.vbe-bw.de oder auf unserer Facebook-Seite unter Veranstaltungen.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
LV Baden-Württemberg
Heilbronner Straße 41 • 70191 Stuttgart
E-Mail: VBE@VBE-BW.de



Mathematik anders lernen – Mit Bildern und Geschichten

Differenziertes Arbeitsmaterial zu den zentralen Lernthemen

Doris Bocka

Selbsterklärende Bildimpulse zu mathematischen Zusammenhängen, die begeistern: Die Bildergeschichten zu Beginn jedes Kapitels liefern Sprechanlässe über das mathematische Thema hinaus und stellen so Querverbindungen zum Deutsch- und Sachunterricht her.

Zielgruppe: Klasse 1-2, Grundschule

Cornelsen Verlag; Buch, 64 Seiten	*Bestell-Nr. 2062*	*Preis: 14,99 Euro*

Kann ICH die Welt retten?

Katrin Schüppel

Strategischer und fairer Konsum ist ein viel diskutiertes Thema. Dieses Buch mit Kopiervorlagen zeigt, wie jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten damit beginnen kann, verantwortungsvoll zu leben: Die Jugendlichen erhalten Informationen z. B. zu Globalisierung und Klimawandel, zur Kinderarbeit oder über den „ökologischen Fußabdruck. Die vollständig überarbeitete und aktualisierte Neuauflage dieses Buches geht auch auf Trendthemen, wie Veganismus oder Unverpackt-Läden, ein. Die Schüler setzen sich so mit ihrem eigenen Konsumverhalten auseinander und entwickeln persönliche Kriterien für ihr zukünftiges Verhalten im Alltag.

Zielgruppe: Klasse 8-13, Sozialkunde & Gesellschaftslehre, geeignet für weiter führende Schulen

Verlang an der Ruhr; Buch	*Bestell-Nr. 2059*	*Preis: 21,99 Euro*

Cornells Naturerfahrungsspiele für Kinder und Jugendliche

Jospeh Cornell

Unser beliebtestes „Naturprodukt“ bekommt einen Ableger: Diese Sonderedition fasst die besten Spiele des bekannten Naturpädagogen Joseph Cornell komprimiert zusammen! Die moderne, farbige Gestaltung, das aktualisierte Vorwort, die ausgewählten Lieblingsspiele und die aufs Wesentliche reduzierten Erklärungen und Anleitungen sind ideal für alle, die es lieber etwas kompakter mögen. Ansonsten ist alles ganz „naturgetreu“: Cornells Methode des Flow Learning macht aus den Schülern in vier Phasen echte Naturfreunde.

Zielgruppe: Klasse 1-13, Sachunterricht, geeignet für Grundschulen

Verlang an der Ruhr; Buch, 248 Seiten	*Bestell-Nr. 2058*	*Preis: 20,99 Euro*

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Bestellungen bitte über den Online-Shop
www.vbe-verlag.de

VBE Verlag NRW GmbH